

Bezugspreis.

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 30 Pfennig, vierteljährlich 1 Reichsmark, halbjährlich 2 Reichsmark, jährlich 4 Reichsmark.

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Volk und Welt' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen', 'Aus der Filmwelt', 'Frauenstimme', 'Der Kinderfreund', 'Jugend-Vorwärts' und 'Bild in die Arbeiterwelt' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille-Zeile 80 Pfennig, Reklamazeile 50 Pfennig, 'Kleine Anzeigen' das fettgedruckte Wort 25 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, eingegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 7. August 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Die Zahl der Notstandsarbeiter.

Wo bleibt die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Im Rundgebungen der Reichsregierung über die Notwendigkeit vermehrter Arbeitsbeschaffung durch die öffentlichen Körperschaften fehlt es nicht. In der neuesten Nummer des Reichsarbeitsblattes gibt Geheimrat Weigert vom Reichsarbeitsministerium in einem Aufsatze: 'Arbeitsbeschaffung und Reichsregierung' einen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der Dinge.

Danach müßte also alles in schönster Ordnung sein. Seit Jahren beschäftigt sich die Regierung auf das eingehendste mit den Fragen der produktiven Erwerbslosenfürsorge.

Was belegen demgegenüber die amtlichen Veröffentlichungen über die unterstützten Erwerbslosen im Deutschen Reich?

Vergleicht man die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger mit der Zahl der bei großen und kleinen Notstandsarbeiten Beschäftigten,

so wird man feststellen, daß im Jahre 1925 ein leidliches Verhältnis vorhanden war. Teilweise wurden über 20 Proz. der Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten beschäftigt.

Das war, wie Weigert im Reichsarbeitsblatt sagt, nach Ansicht der deutschen Konjunkturtheoretiker das Jahr der Hochkonjunktur. Im Dezember steigt die Arbeitslosenziffer auf über 1 Million; im Februar 1926 sind es über 2 Millionen Arbeitslose.

In seiner Reichstagsrede erklärte der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns am 28. Juni, daß es die Reichsregierung an dem nötigen Ernst, an der notwendigen Tatkraft und Beseleunigung bei ihren Maßnahmen nicht fehlen lassen wird.

An feierlichen Erklärungen fehlt es nicht. Was wir gebrauchen, sind Maßnahmen, die ihren sinnfälligen Ausdruck in einer starken Vermehrung der Notstandsarbeiter finden.

und schweizerischen Ausländergesetzgebung formuliert. Für die endgültige Beurteilung des Ausländergesetzes kommt es jedoch sehr wesentlich auf die Ausführungsbestimmungen an, die noch nicht fertiggestellt sind.

Die Verhandlungen über die Niederlassungsfrage werden jetzt weiter geführt. Ende der nächsten Woche tritt wieder eine Verhandlungspause bis zum September ein.

Der Kirchenkampf in Mexiko.

Nordamerikanische Berichte.

New York, 6. August. (WTB.) Der amerikanische Handelsattaché in Mexiko hat nach Washington mitgeteilt, daß die Boykottbestrebungen in Mexiko sich in allen Geschäftszweigen fühlbar machen.

Der Erzbischof von Mexiko hat neuerdings erklärt, er sei zu einer billigen Verständigung, die nicht im Widerspruch zu seinen Pflichten stehe, bereit.

'Tribune' berichtet, daß bei den Zusammenstößen in Mexiko 20 Tote und 30 Verletzte zu verzeichnen seien; die Spannung nehme ab, da in der Stadt Mexiko die Truppen aus den Kirchen zurückgezogen worden seien.

Neuherung der nordamerikanischen Gewerkschaften.

Baltimore, 6. August. (WTB.) Auf eine Anfrage der Zeitschrift 'Catholic Review' erklärt der Präsident der amerikanischen Federation of Labour, Green, er beklage die Ereignisse in Mexiko und hoffe auf eine baldige Verständigung.

Nur kein Konflikt mit Nordamerika!

Mexiko, 6. August. (WTB.) Die Regierung hat die am 2. August verfügte Beschlagnahme der amerikanischen Kirche San Jose de Gracia aufgehoben und ihren Leiter, einen amerikanischen Priester, in seine Rechte wieder eingesetzt.

Kolonialer Offiziersaufstand.

In Portugiesisch-Indien.

Paris, 6. August. (WTB.) Nach einer vom 'Temps' wiedergegebenen Meldung aus Lissabon teilt die portugiesische Regierung mit, daß einige portugiesische Offiziere in Portugiesisch-Indien, um ihre Unzufriedenheit mit dem Beschluß der Regierung, die Militärspezialisten herabzusetzen, zu befanden, den Gouverneur der Kolonie abgesetzt und ein aus zwei Obersten und einem Major gebildetes Triumvirat eingesetzt hätten.

Staat und Richter.

Die Rechtslage im Magdeburger Behördenkonflikt.

Von Justizrat Dr. Johannes Werthauer (Berlin).

Aus Anlaß des Magdeburger Konflikts treibt im Publikum wieder der Köhlerglaube Wurzel, daß wegen der Unabsehbarkeit des Richters die deutsche Einzelperson dem Untersuchungsrichter gegenüber schutzlos preisgegeben sei.

Das ist unrichtig. Der Richter ist im weiteren Sinne Beamter. Der Untersuchungsrichter Kölling hebt in seinem Briefe selbst hervor, daß er seiner 'vorgelegten Behörde' berichtet habe. Der Richter unterliegt deshalb dem richterlichen Disziplinargesetz. Dies bestraft den Richter, der außerhalb seines Amtes sich Verfehlungen zuschulden kommen läßt.

Der Untersuchungsrichter soll die Voruntersuchung selbständig führen. In den Motiven zum Gesetzbuch ist gesagt, daß der Untersuchungsrichter unabhängig von jedermann persönlich den Plan der Untersuchung im Hinblick auf die ihm unterbreitete Anklage gegen eine bestimmte Person fassen und durchführen soll.

Der Untersuchungsrichter darf an den Polizeibeamten nur zur Ausführung einzelner Maßnahmen oder zur Bornahme von bestimmten Ermittlungen Aufträge erteilen; § 187 der Strafprozeßordnung.

Der Richter als Beamter hat die absolute Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit. Er hat nicht die Berechtigung, auch nur ein Wort einer Presse zu übergeben, das ihm aus der Führung der Sache bekannt geworden ist.

Auch neben der Voruntersuchung hat die Staatsanwaltschaft und die Polizei das Recht, ihr erforderliche Ermittlungen anzustellen; die Polizei muß dies tun, wenn nach ihrer Ansicht Gefahr im Verzuge ist; vgl. Vorw., Strafprozeßordnung, § 182, Anm. 4.

Der Untersuchungsrichter muß auch die Ermittlungshandlungen vornehmen, die der Verteidiger oder Beschuldigte sachlich berechtigt verlangt. Weigert sich der Untersuchungsrichter, weil dies nicht 'in seinen Plan passe', 'der weiß er zu unfähig ist, um den Zusammenhang zu verstehen, so besteht hiergegen zwar das Beschwerderecht, daneben aber auch die Möglichkeit disziplinarer Abhandlung.

Häufig nimmt die Behörde von Disziplinaruntersuchungen Abstand, weil bei dem Vorkommen des richterlichen Beamten, da es sich oft um innerliche Vorgänge handelt, die Tatbestandsfeststellung schwierig ist und die Erhaltung der

Ein Uriasbrief Baldwins.

Gegen die Bergarbeiterabordnung nach Amerika.

London, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Der in amerikanischen Zeitungen publizierte Brief Baldwins, in dem sich Baldwin gegen die Berichte von der Not unter den ausgesperrten Bergarbeitern wendet, hat in der Labour-Party und den Gewerkschaften die größte Erbitterung hervorgerufen; es wird darauf hingewiesen, daß die Publikation des Briefes in Amerika mit der Ankunft der britischen Bergarbeiterdelegation zusammenfällt.

Die Ministeranklage in Wien.

Minderheitsvotum der Sozialdemokraten.

Wien, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag wurde im Parlament der Bericht des Verfassungsausschusses über den sozialdemokratischen Antrag auf Erhebung der Anklage gegen die Regierung vorgelegt. Während der Bericht der Ausschuhmehrheit sehr kurz ist, gibt der Minderheitsbericht, den Abg. Kusterlich (Soz.) erstattet hat, eine ausführliche Darlegung der Gesetzesverletzungen. Die Regierung könne sich nicht auf Gefahr im Verzug berufen und sie habe die Gesetzesverletzungen vorsätzlich begangen.

Das polnische Ausländergesetz.

Anscheint ziemlich annehmbar.

Warschau, 6. August. (WTB.) Wie einer — wahrscheinlich halbamtlichen — Notiz zu entnehmen ist, soll nach dem neuen Ausländergesetz jeder nach Polen einreisende Fremde einen Paß besitzen und sich innerhalb eines bestimmten Zeitraumes bei der Polizei zu melden sowie jeden Wohnungswechsel bekanntzugeben haben.

Wiederbeginn der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über das Niederlassungsrecht sind am Freitag wieder aufgenommen worden. Die polnischen Unterhändler haben den Text des neuen polnischen Ausländergesetzes in den Grundzügen vorgelegt. Das Gesetz enthält gegenüber dem bisherigen Zustand gewisse Verbesserungen. Bestimmene Bestimmungen sind nach dem Muster der deutschen

Autorität möglichst gegen ein Einschreiten spricht. Dadurch mag der oben erwähnte unrichtige Glaube der mangelnden Disziplinierungsmöglichkeit genährt sein, es ist aber selbstverständlich, daß dies die Regierung nicht hindern darf, in Fällen, in denen ein Einschreiten nötig ist, mit der denkbar größten Schärfe vorzugehen. Sobald gar monarchistische, also hochverräterische Zeitungen solche Sachen ausschalten wollen, um an die Grundlage des Staates zu rühren, wird die Regierung im Interesse der Erhaltung des Staates vor keinem Hindernis zurückschrecken dürfen, um unter allen Umständen das Vertrauen zur Rechtspflege zu stärken. Sie wird dabei an ihrer Seite alle die finden, welche so klug sind, zu erkennen, daß die Anwendung des Rechts auch gegebenenfalls gegen die Richter in einem Rechtsstreit notwendig ist. Sie darf nicht haltmachen vor einer Richterlast, die von manchen Fachzeitschriften hochzuzüchten gewünscht wird. Die anständigen Richtercharaktere in Deutschland werden der Regierung nur Dank wissen können, wenn sie, falls es nottun sollte, vor Augusten das deutsche Volk bewahrt.

Der Fall Kölling vor dem Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag folgende „Große Anfrage“ eingebracht:

Der Mord an dem Magdeburger Buchhalter Helling ist durch die Geständnisse des Täters Schröder und seiner Geliebten Götz wesentlich aufgeklärt. Die Aufklärung ist erfolgt gegen den ertigsten, sogar erbitterten Widerstand des Untersuchungsrichters Kölling.

Kölling und der ihm unterstellte Kriminalkommissar Tenhold haben, obwohl Schröder durch den Befehl von Effekten des Ermordeten vor vornherein schwer belastet war, monatelang hartnäckig die Verfolgung aller Spuren unterlassen und abgelehnt, die zur Ueberführung des Schröder führen konnten.

Sie haben dagegen mit aller Kraft versucht, den völlig unschuldigen Fabrikanten Haas der Anstiftung zum Morde zu überführen. Zu diesem Zweck ist Tenhold nicht ohne zurückgekehrt, dem Schröder die Kenntnis der Schröder unbekannt Personen und Verhältnisse zu vermitteln, von deren vorüberiger Kenntnis die Glaubwürdigkeit der Aussagen Schröders wesentlich abhing. Es besteht sogar der dringende Verdacht, daß Tenhold dem Schröder erst die Bezichtigung der Mordanstiftung gegen Haas suggeriert hat.

Kölling hat Tenhold bei seinem Treiben in jeder Weise jected. Dagegen hat er dem Kriminalkommissar Busdorf, der bereits im Begriff war, den wahren Sachverhalt zu klären, die Weiterverfolgung der Spuren unmöglich gemacht, ebenso haben die Kriminalkommissare Dr. Riemann und Braschwy nur gegen den aktiven und passiven Widerstand Köllings die Ueberführung des Schröder herbeiführen können.

Kölling seinerseits ist nicht davor zurückgeschreckt, die pflichttreuen Beamten, die den Mord aufklärten, in einem ihm von dritter Seite diktierten und von ihm vorzeitig veröffentlichten Brief an den Magdeburger Polizeipräsidenten der Begünstigung des Mordes zu bezichtigen, während tatsächlich er selber durch seine eigentümliche Untersuchungs-führung mindestens objektiv den Mörder Schröder begünstigt hat. Hat doch Kölling es auch dann noch nicht einmal über sich vermagt, gegen Schröder die Untersuchung auf Mord zu eröffnen, als festgestellt wurde, daß in Schröders Keller die Leiche des Ermordeten vergraben lag. Kölling hat weiter, wozu er monatelang Zeit hatte, es unterlassen, bei Schröder Hausdurchsuchung zu lassen, die von Schröder beiseite geschaffenen blutbesetzten Einrichtungsstücke des Nordzimmers herbeizuschaffen, die im Körper Helling's gefundenen Geschosse durch einen Sachverständigen prüfen zu lassen und die zur Zeit des Mordes bei Schröder wohnende Geliebte Schröders zu vernehmen, durch deren Inhaftnahme die Kriminalkommissare Dr. Riemann und Braschwy den Mord binnen 4 Stunden aufgeklärt haben. Im Gegenteil hat sich Kölling noch dieser Inhaftierung widersetzt.

Der Vagabund.

Von Walter Appelt.

Der Vagabund zahlte in der Schenke kein Bier wie die Einheimischen, nur mit dem Unterschied, daß die Magd so, wie sie ihm Krug und Krug reichte, das Geld dafür einstreichen mußte. Der Wirt hatte seine Erfahrungen mit solchem ortsfremden Gesichter. Aber so lange alles in Ordnung war, hatte er natürlich auch keinen Grund, irgendwem den Aufenthalt in seiner Gaststätte zu verwehren. Und wenn er noch viel zerlumpter gewesen wäre als der, den ein Zufall heute von sonstwoher gebracht hatte, — der morgen sonstwohin verschwinden würde.

Er hatte, anfangs misstrauisch und argwöhnisch betrachtet, dann aber doch zuweilen nebenher ins Gespräch gezogen, fesselnd zu erzählen gewußt. Von seinen Fahrten durch die Lande, bis jenseits des großen Gebirges, bis hinauf an die Küsten. . . Und als einer die Karten zum Spiel aus der Tasche brachte, hatte man auch ihn aufgefordert, mitzumachen.

Und der Vagabund gewann. Vielleicht, weil er nicht mehr verlieren konnte als seine lumpigen paar zusammengebettelten Groschen und deshalb viel ruhiger spielte als die Bauern, die schon nach den ersten Runden die Leidenschaft packte. Vielleicht aus einem andern, vielleicht aus gar keinem Grunde. Jedenfalls mehrte und mehrte sich das hübsche blaue Geldes, das er offen neben seinem Bierkrug auf dem Tische liegen ließ.

Die haßerfüllten Blicke, die die Einheimischen mit einander tauschten, dann auf ihn und seinen Gewinn richteten, sah der Vagabund nicht. Befonnen blickte er in seine Karten, wogte und bedachte fastblühend jeden Zug — und gewann weiter.

„Er spielt falsch!“ rief plötzlich einer der Hauptverlierer. Der Ruf wirkte wie ein schmetterndes Alarmzeichen, das die Erhöhten mit hochroten Köpfen aufspringen ließ. Aber der Vagabund besänftigte den Sturm, der sich zu ihm hinbrängen wollte, noch ehe er recht ausbrechen konnte.

Mit einer herablassenden Größe, wie sie nur die höchste Ueberlegenheit, das völlige Sichfinden in den Mangel realen Besitzes geben kann, schob er alles Gewonnene, und seine Einlagergroschen dazu, nach der Mitte des Tisches. Und sagte mit einer Festigkeit, die selbst den halb Verwunderten imponieren mußte:

„Hier! Nehmt euch jeder, was ihr an mich verloren, zurück!“

„Das ist anständig.“ sagte der Wirt, der sich für die schließliche Abrechnung einen halbwegs klaren Kopf bewahren mußte.

„Ein Schuldbekenntnis ist es!“ schrie einer der Spieler. Und ein anderer glaubte sich wichtig machen zu können, indem er großartig die Weisheit von sich gab:

„Falschspieler sind, wenn sie ertwischt werden, immer feige Hunde.“

Kölling ist in seinem Verhalten bekräftigt worden durch Magdeburger Rechtskreise und die Rechtspresse, durch das Magdeburger Richterkollegium und durch die Magdeburger Ortsgruppe des Preussischen Richtervereins. Wäre es nach Kölling und seinen Hintermännern gegangen, so hätte ein Unschuldiger den Mord büßen müssen und der wahre Täter wäre frei ausgegangen.

Was bedeutet das Staatsministerium angesichts dieser Standesläsen Vergänge zu tun?

Wird das Staatsministerium gegen Kölling und Tenhold nicht nur die disziplinare, sondern auch die strafrechtliche Untersuchung wegen Amtsverbrechens einleiten?

Gedenkt das Staatsministerium noch weiter den Preussischen Richterverein als Ständesorganisation anzuerkennen, der zwar einen aufrichtigen und untadeligen Republikaner, wie den Senatspräsidenten Grohmann, ausgeschlossen, aber den Untersuchungsrichter Kölling mit aller Kraft gedeckt hat?

Der Oberstaatsanwalt beantragt die Haftentlassung von Haas.

Magdeburg, 6. August. (W.F.B.) Nachdem der Untersuchungsrichter die Geliebte Schröders, Hildegard Götz, nicht als Angebeschuldigte, sondern nur als Zeugin vernommen hat, wurde sie von der Kriminalpolizei wieder auf freien Fuß gesetzt. Hildegard Götz hatte bekanntlich am Mittwoch ein umfassendes Geständnis abgelegt, aus dem hervorging, daß sie mindestens der Mitwisserschaft verdächtig war.

Der Oberstaatsanwalt hat beim Untersuchungsrichter die Haftentlassung von Haas, Reuter und Fischer beantragt. Sollte der Untersuchungsrichter diesem Antrage nicht stattgeben, sollen die Akten zur beschleunigten Erledigung der Strafkammer überwiesen werden.

Die Haftentlassung der Hildegard Götz zeigt, daß der Untersuchungsrichter Kölling nach wie vor sich weigert, die Untersuchung gegen Schröder ernsthaft zu führen.

Dieser neueste Fall Kölling ist so trüb, daß man — immer wieder! — laut fragen muß: warum schreitet das Justizministerium nicht ein?

Hugenbergpresse.

Die Hugenberg-Presse hat genug von Magdeburg. Sie will davon nichts mehr hören. In der „Nachtausgabe“ des „Tag“ liest man:

„An sich machen die Magdeburger Wirrnisse einen recht unerfreulichen Eindruck in der Öffentlichkeit. Es wäre zu wünschen, daß endlich einmal mit diesem Hin und Her Schluss gemacht werden könnte, damit das Ansehen der deutschen Justiz nicht noch mehr zu Schaden kommt.“

Es soll Schluss gemacht werden, weil die von der Hugenberg-Presse aufgelegene Hehe kläglich zusammengebrochen ist. Es soll endlich einmal Schluss gemacht werden — nachdem die Hugenberg-Presse Herrn Job Zimmermann und Herrn Dr. Krieg nach Magdeburg gefandt hatte, um eine neue Pressehege wie während des Ebert-Prozesses aufzuziehen.

Es soll endlich einmal Schluss gemacht werden, damit die Komplizität der Hugenberg-Presse mit den reaktionären Elementen der Magdeburger Justiz nicht ans Tageslicht kommt.

Die ertappten Heher, deren Plan so schmählich zusammengeknallt ist, fürchten die öffentliche Stümpfung, wenn der Fall Kölling und der Fall Hugenberg-Presse öffentlich behandelt werden. Sie haben jetzt schon genug.

Der Flaggenkandal von Bonn.

Die republikanischen Studenten stehen zu ihrem Vorsitzenden.

Bonn, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Bonner Studenten hatten zu Freitag eine außerordentliche Kammer-sitzung einberufen, um zu dem Flaggenzwischenfall ihrerseits Stellung zu nehmen. Der wegen seiner republikanischen Gesinnung und in dieser Angelegenheit stark angegriffene Vorsitzende der

Bonner Studentenschaft, Mager, rechtfertigte sein Vorgehen, wobei besonders klar zum Ausdruck kam, daß die Bonner Studentenschaft in der Flaggenfrage von der völkischen Mehrheit mehrmals hintergangen worden ist. Von allen Seiten des Reiches sind Herrn Mager Glückwunschkarten zugegangen. Die Vertreter der Rechten erklärten, zu den Vorgängen keine Stellung nehmen zu können, bis man nicht die deutsche Studentenschaft noch einmal gehört hätte. Die Mehrheit der Kammer sprach sodann ihrem bisherigen Vorsitzenden Vertrauen und Dank für sein charakterfestes Verhalten aus und wählte ihn mit elf gegen eine Stimme abermals zu ihrem Vorsitzenden, wodurch die Bonner Studentenschaft von neuem ihre republikanische Gesinnung bekundet hat der reaktionären Studentenschaft des Reiches zum Trost.

Urteil im Volksofferprozeß. Strafmilderung!

Dresden, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Im Volksofferprozeß wurde am Freitag nachmittags folgendes Urteil verkündet: Das Urteil des Schöffengerichts vom 7. April 1926 wird aufgehoben. Es werden verurteilt: Der Angeklagte Reihner wegen fortgesetzter Untreue und Unterschlagung zu vier Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte Vöfler wegen Beihilfe zur Untreue und Unterschlagung zu ein Jahr drei Monate Gefängnis und ein Jahr Ehrverlust, Grindel wegen Beihilfe und Anstiftung zu drei Monaten Gefängnis. Auf die erkannten Strafen werden im Fall Reihner und Vöfler je 10 Monate der Untersuchungshaft angerechnet.

Das Urteil der ersten Instanz lautete für Reihner auf vier Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust, für Vöfler auf zwei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust und für Grindel auf acht Monate Gefängnis.

Die Berufungsverhandlung ergab ein noch schlimmeres Bild von dem verwerflichen Treiben der Beklagten, die unter dem Deckmantel der „Vaterlandsliebe“ die für die Armen des Volkes gesammelten Gelder vergeudet. Trotz dem Strafmilderung? Zwei Gründe scheinen die Urteilsfindung maßgebend beeinflusst haben. Von Reihner heißt es in der Begründung, an sich betrachtet, könnte man aus seiner „Vaterlandsliebe“ heraus die Straftat milder auffassen, aber man müsse die Begleitumstände berücksichtigen. Und dann folgt das Register seiner Schmutzereien. Von Vöfler wird gesagt, er habe „als Offizier“ die Verwerflichkeit seiner Tat gekannt. Die Verbrechen, die beide begangen haben, sind rein krimineller Natur. In der Begründung des ersten Urteils wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß sie um so schwerer zu beurteilen seien, als eine niedrige Gesinnung, die selbst vor den Geldern der Armer nicht haltmache, nur ganz selten vorkomme. Sodann die zweite Instanz, bei dem einen die Gesinnung, bei dem andern den Offiziersstand mit in die Erwägung einbezieht, führt sie doch nur zu bekannte Moment der Standes- und Klassenrück-sichten in die Rechtsfindung ein.

Trotzdem wäre die Strafmilderung wahrscheinlich nicht erfolgt, wenn nicht die Verhandlung im Gegensatz zur ersten klar erwiesen hätte, daß auch General Müller erhebliche Summen des Volksoffers zu dunklen Zwecken der Reichswehr mißbraucht hat. Das Urteil, das Reihner und Vöfler in das Gefängnis schickt, trifft auch den verstorbenen Reichswehrgeneral Müller. Sollte das schlechte Beispiel dieses hohen Offiziers die Richter veranlaßt haben, die Strafen für die Reihner und Vöfler herabzusetzen, so wäre das für die Reichswehr um so peinlicher.

Vöfler aus der Haft entlassen!

Dresden, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Der im Volksofferprozeß von der Berufungsinstanz zu 1 Jahr 3 Monate Gefängnis verurteilte Rittmeister Vöfler wurde auf Gerichtsbeschluss am Freitag aus der Haft entlassen. Dieser unverständliche Beschluss erfolgte mit der Begründung, daß Vöfler bereits 10 Monate, also zwei Drittel der gegen ihn verhängten Strafe verbüßt hat.

Schwarzrotgold an der Ostsee.

Ein Leser unseres Blattes schreibt uns von einer Rügenreise folgende Eindrücke:

Im Juli — wohlgerne im Jahre 1926 — verließ ich mit meiner Gattin auf einige Wochen Berlin, um an dem schönen Ostseestrand meine Ferien zu verbringen. Mein Ziel war Baabe auf Rügen. Ich war mit dem Gedanken auf Sommerfrische gefahren, um das Großstadtleben auf einige Zeit zu vergessen und die frische Seeluft zu genießen, nicht aber, um am Strand Politik zu treiben oder meine politische Gesinnung zu zeigen. Aber weit gefehlt! Die Deutschenationalen oder die Herren von der Rechten zeigten eben überall ihre politische Gesinnung — selbst der Strandkorb muß herhalten. So fiel mir auf, daß die überwiegende Anzahl der Fahnen, die an den Strandkörben wehten, „Schwarzrotgold“ und die „Kriegsflagge“ zeigten, und zwar Flaggen größten Formats, so daß der ganze Strand den Eindruck machte, als lebten wir noch im „herrlichen Kaiserreich“. In Baabe zählte ich zwei Schwarzrotgoldene Fahnen während der ganzen Zeit meines Ferienaufenthalts am Strand trotz mehrfachen Wechsel des Publikums in den Strandkörben! Ein großer Teil der Strandkörbe war gar nicht besetzt oder aber mit einer Stadtflagge geschmückt. Nach meinen Studien, die ich darauf hin gründlich machte, waren die Strandkorbbesitzer, die gar nicht geklagt hatten oder die Stadtflagge zeigten, durchschnittlich Republikaner oder sozialistisch gesinnt. Man sieht also an diesem Beispiel, daß der Republikaner wieder einmal zurückhaltender auftritt — leider — als die Herren von rechts. Darum Republikaner und Sozialisten: Heraus mit der Flagge Schwarzrotgold am Ostseestrand, zeigt diesen Herren, daß ihnen nicht allein der Strand gehört.

Aber hiermit noch nicht genug. Als ich den Fahrplan auf dem Bahnhof Baabe auf Rügen studierte, sah ich mir auch zufällig die Druckfirma an. Mir blieb in dem Augenblick der Bestand stehen, als ich las: „Greifswalder Kleinbahnen (Fahrplan vom 15. Mai 1926) — Druck: Königliche Regierungen-Buchdruckerei in Stralsund.“ Der andere Fahrplan: „Reichsbahndirektion Schwern (Fahrplan vom 15. Mai 1926) — Druck: Sandmeyer'sche Hofbuchdruckerei.“ Man mußte hiernach glauben, daß Rügen die Revolution nicht mitterlebt hat. Ist es wirklich möglich, daß solche Bezeichnungen heute noch geduldet werden?

Bei meinen Fußwanderungen, welche ich u. a. nach Böhren, Sellin und Binz unternahm, waren die Eindrücke nahezu die gleichen. Überall dasselbe Bild und überall dasselbe Treiben. Wann wird der Republikaner endlich erwachen? P. O.

Eröffnung der Staatsoper. Die Staatsoper eröffnet die neue Spielzeit am Sonntag, den 15. August, mit einer Aufführung der „Alba“. Vorverkauf im Opernhaus am Platz der Republik beginnt Donnerstag, den 12. August.

Eine Beethovenfeier in Mailand. Der 100jährige Todestag Beethovens soll in Mailand feierlich begangen werden. Wie die „Tribuna“ dazu mitteilt, soll in der Mailänder Scala wahrscheinlich die Oper „Fidelio“ zur Aufführung gelangen. Ferner sollen vier Konzerte stattfinden, bei denen zum ersten Male in Italien sämtliche neun Sinfonien unter der Leitung Toscaninis gespielt werden.

„Und Bogabunden“, sagte ein anderer ebenso, „sind immer Falschspieler. Wir hätten es vorher wissen können.“

Aber das allgemeine Augenmerk und Interesse wurde im gleichen Augenblick jäh von dem Bogabunden und seinem angeblichen Falschspiel abgelenkt, indem einer sich anschickte, seinen Anteil von dessen Gewinn zurückzunehmen. Sofort langten zehn Hände nach dem Gelde, es gab erst aufgeregte Worte, Streit und Widerstreit, dann Beleidigungen und schließlich — um das Geld, das ihnen der Bogabund in ehrlichem Spiel abgenommen hatte — die erbitterteste Prügelei. Rechnete man zusammen, was die Bauern insgesamt an den Bogabunden verloren haben wollten, so kam wohl eine größere Summe heraus, als sie alle miteinander beim Beginn des Spiels in der Tasche gehabt hatten.

Den Bogabunden widerete es im tiefsten Innern an, was er sehen mußte. Er wandte sich zum Geben, ohne das einer der noch immer handgreiflichen darauf geachtet oder ein Wort dazu gesagt hätte. Der Wirt bot ihm in einer Anwendung, die viel mehr der Bewunderung als etwa dem Mitleid entsprang, ein Voger für die Nacht. Der Bogabund schlug es aus. Die Nacht ist taufrisch und mondhell, sagte er, da wandert sich's gut. Und denkt sich's gut noch über den Unterschied zwischen einem dreißigen, zerlumpten Bogabunden und manchem andern, der sich hoch über ihn erhaben glaubt. . . .

„Uebrigens. . .“ sagte der Bogabund noch und suchte in seinen Taschen die letzten Nickel zusammen, „während des Spiels hat mir einer ein Bier bezahlt. Gebt ihm morgen kein Geld wieder!“

Der Wirt wagte nicht zu widersprechen. Der Bogabund aber ging hinaus. Und kaum hatte er die Landstraße in ihrer herrlichen Freiheit und mit ihren tausenden Biesen und Möglichkeiten vor sich, als er auch schon alles von sich abfallen fühlte, was ihn anfangs hemmen wollte, frei und hingebend auszusprechen.

Noch weithin hörte er das Stimmengewirr aus der Schenke an sein Ohr klingen. Und wußte nicht, ob er laut auflassen sollte — oder schweigen. Ernst und nachdenklich schweigen.

Die Notweger als Entdecker Amerikas. Vor kurzem wurde gemeldet, daß man in Amerika einen Runenstein gefunden habe, dessen Inschrift den endgültigen Beweis liefern sollte, daß schon lange vor Kolumbus die Norweger Amerika entdeckt und dort Kämpfe mit Indianern bestanden haben. Wie sich jetzt herausstellt, ist das eine alte, wieder ausgewärmte Ente. Dieser Runenstein ist schon vor mehreren Jahren in Amerika gefunden worden. Man unterwarf ihn und seine Inschrift einer genauen sprachlichen und historischen Untersuchung und stellte fest, daß das Ganze nichts weiter als Humbug war. Die Inschrift war um 1800 fabriziert und enthielt eine Anzahl recht komischer englischer Sprachformen statt der nordischen. Der Inhalt der Inschrift bot eine ganze Menge Bemerkenswertes, allerdings nur für Humoristen. So hieß es u. a., daß die erwähnten Wikinger, 25 Norweger und zwei Dänen, sich „auf Entdeckungsfahrt“ begeben hätten.

Das neue Handelsprovisorium mit Frankreich

Der deutsche Export wird den Weininteressenten geopfert.

Die Einzelheiten, die über das neue deutsch-französische Handelsabkommen veröffentlicht werden, rechtfertigen alle Befürchtungen, die wir bereits während der Verhandlungen zur Sprache gebracht haben. Zweimal schon haben die Verhandlungen mit einem halben Ergebnis geendet, mit einem befristeten Provisorium, das die notwendige Dauerregelung der deutsch-französischen Beziehungen zunächst hinauschiebt. Auch diesmal ist es nicht anders, nur daß das Provisorium, anstatt der bisher üblichen drei Monate auf ganze sechs Monate bemessen ist. Schon dieser Umstand kennzeichnet das Unzulängliche der ganzen Regelung. Der Vertrag soll erst am Montag veröffentlicht werden, und wir müssen uns daher vorbehalten, zu seinen wirtschaftlichen Konsequenzen in den Einzelheiten noch Stellung zu nehmen. Das gilt insbesondere für die gegenseitigen Zollzugeständnisse deren Tragweite nach den bisherigen Mitteilungen nur teilweise zu übersehen ist.

Was jedoch schon jetzt feststeht, ist die Tatsache, daß man dem deutsch-französischen Handelsabkommen die Arbeitsmöglichkeit von Zehntausenden von Industriearbeitern jener gewissenlosen Landbundemagogie geopfert hat, die schon bisher eine Befundung unserer Außenhandelsbeziehungen so empfindlich schädigte, dank der Dienstwilligkeit, die das Reichsernährungsministerium bisher gegenüber dem Reichslandbund gezeigt hat. Offiziös wird rundweg zugegeben, daß „bei dem starken Ausfuhrinteresse Frankreichs an den Erzeugnissen seines Weinbaues der Verzicht auf eine Herabsetzung der deutschen Weinzölle nur mit dem deutschen Verzicht auf die Erlangung von Konzessionen für Gegenstände des deutschen Ausfuhrinteresses zu erhalten war“. Das etwa die Worte der dem Auswärtigen Amt nahestehenden „Deutschen diplomatischen Korrespondenz“. Um die Stimmen der Winzer zu erhalten, hat man eben darauf verzichtet, für eine Reihe von Maschinen und Fabrikaten der Elektrizitätsindustrie, sowie für die chemische Industrie Erleichterungen beim Export nach Frankreich zu schaffen. Das bedeutet Arbeitslosigkeit für Zehntausende! So sieht die Arbeitsbeschaffung der Reichsregierung aus, wenn es sich darum handelt, auf dem Wege der Handelspolitik die Wirtschaftskrise zu bekämpfen.

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß in dem Abkommen mit Frankreich bisher überhaupt nur die Hälfte der Fragen geregelt ist, die in den fast zweijährigen Verhandlungen zur Sprache kam. Wenn trotzdem gewisse Fortschritte gegenüber dem bisherigen Zustande zu verzeichnen sind, so lediglich deshalb, weil vorher eben noch weniger erreicht worden war. Wichtig ist, daß jetzt die Niederlassung von Kaufleuten, Erwerbsgesellschaften und Einzelpersönlichkeiten, sowie die Fragen des Reiseverkehrs im Sinne gegenseitiger Meistbegünstigung geregelt werden; für die französischen Kolonien ist dabei allerdings keine bindende Verpflichtung erfolgt, sondern nur ein wohlwollendes Versprechen. Das Handelsabkommen soll am 20. August in Kraft treten. Die Eisenfragen sind in dem Abkommen nicht geregelt, da man in den ersten Wochen des August mit dem Abschluß des deutsch-französischen Eisenpaktens rechnet, der eine zollpolitische Auseinandersetzung bis zu einem gewissen Grade überflüssig macht. Dagegen sind in einem besonderen Saaraabkommen die Fragen des Wirtschaftsverkehrs zwischen Deutschland und dem Saargebiet wenigstens teilweise einer vertraglichen Regelung unterzogen worden.

Man wird fordern müssen, daß die inzwischen fortzuziehenden Verhandlungen über einen endgültigen Handelsvertrag mit Frankreich unter wesentlicher stärkerer Wahrung deutscher Wirtschaftsinteressen erfolgen, als es bisher geschehen ist.

Strafantrag im Kommunistenprozeß.

Leipzig, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Im bayerischen Kommunistenprozeß wurde am zweiten Verhandlungstag in die Zeugenernehmung eingetreten. Mehrere Zeugen belasten die Angeklagten aufs schwerste. Schon mehrere Wochen hätten die Kommunisten in Füssen Pläne geschmiedet, um das dortige Bezirksamtsgebäude in die Luft zu sprengen. Der Reichsanwalt beantragt die Bestrafung sämtlicher Angeklagten, da der Sprengstoffanschlag zur Ausführung gekommen wäre und durch das Bombenattentat erheblicher Sachschaden angerichtet wurde, desgleichen auch zwei Menschen verletzt worden sind. Er beantragte folgende Strafen: für Rothermel, Frank, Köpf und Klebs je 8 Jahre Zuchthaus, für Kuprian 7 Jahre Zuchthaus, für Steinbl und Thaler je 5 Jahre Zuchthaus und für Röger 10 Jahre Zuchthaus. Das Urteil wird am Sonnabend gefällt werden.

Der serbisch-bulgarische Konflikt.

Südflawien droht.

Belgrad, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Konflikt mit Sofia wird sehr ernst beurteilt. Am Donnerstag in vorgezückter Abendstunde hat die Regierung dieser Stimmung in einem communiqué Ausdruck gegeben, in dem zunächst die einzelnen Grenzfalligkeiten aufgezählt werden und es dann am Schluß heißt: „Die jugoslawische Regierung hat eine Untersuchung über die Vorfälle eingeleitet und wird nuncmehr auf Grund der festgestellten Tatsachen ihre Maßnahmen treffen, um das Gebiet des Staates gegen systematische Verletzungen durch die bewaffneten bulgarischen Banden ein für allemal zu sichern. Die Befehle der Regierung werden in kürzester Zeit gefaßt.“ Es verlautet, daß die Regierung unter bestimmten Bedingungen Genugtuung und Schadenersatz für die getöteten zwei jugoslawischen Soldaten und zwei serbischen Bauern verlangen wird.

Poincarés Schuldenabkommen.

Kampf hinter den Kulissen.

Paris, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach Erklärungen, die der Präsident der Finanzkommission der Kammer, Simon, einigen Morgenblättern gemacht hat, wird die Regierung aller Voraussicht nach in der nächsten Woche mit dem Verlangen der Ratifizierung der Schuldenabkommen vor das Parlament treten. Jedenfalls rechnet die Finanzkommission mit dieser Möglichkeit. Poincaré soll nach seiner Besprechung mit den belgischen Ministern ein Anhänger der Ratifizierung geworden und davon überzeugt sein, daß eine endgültige Sanierung ohne die Ratifizierung der Schuldenabkommen unmöglich ist. Nun sind aber zahlreiche starke Widerstände gegen solche Pläne der Regierung zutage ge-

Für ökonomische Vereinigung und Agrarreform

Beschlüsse der Sozialistenkonferenz der baltischen Staaten.

Die sozialdemokratischen Parteien Lettlands, Estlands und Litauens veranstalteten den 19. und 20. Juni in Riga eine Konferenz zur gemeinsamen Erörterung verschiedener politischer und ökonomischer Fragen. Estland war vertreten durch die Genossen Marina, Mst, Main und Jans; Litauen durch Kairis, Bielinis, Pledaitis, Epstein, Januski; Lettland durch Kainis, P. Kalnin, Zeelens, Rubeviz, Vilman, Dukurs, Moric Waizel.

Die Konferenz einigte sich auf Resolutionen über die Verteidigung der Demokratie gegen rechts und links, für die politische und ökonomische Annäherung der baltischen Staaten und für die Ausrechterhaltung der Agrarreform.

Wir geben diese Beschlüsse von internationalem, über das Baltikum weit hinausreichendem Interesse nach der neuesten Ausgabe der „Internationalen Information“ wieder.

Die auswärtige Politik des Baltikums.

Zwischen den baltischen Staaten und Sowjetrußland sind freundliche politische und ökonomische Beziehungen zu wahren und weiter zu entwickeln. Der Garantievertrag, der zwischen diesen Staaten abzuschließen ist, ist ein bedeutender Schritt vorwärts auf dem Wege der Sicherung des Friedens und zur Stabilisierung der politischen Verhältnisse am Baltischen Meere. Einen solchen Garantievertrag mit Sowjetrußland sollen die kleinen baltischen Staaten, falls möglich, gemeinsam schließen.

Die Wilnaer Frage hat zurzeit keine demokratische Lösung gefunden. Das Wilnaer Streitobjekt ist als ein Faktor, der den Frieden Osteuropas bedroht, zu betrachten. Darum erachtet es die Konferenz als notwendig, daß die Sozialisten der baltischen Staaten ihrerseits eine friedliche Lösung der Wilnaer Frage in dem Sinne fordern sollen, daß den Einwohnern des Wilnaer Gebietes die Möglichkeit geboten wird, über ihre politische Schicksal frei zu bestimmen.

Wenn es nicht möglich wäre, die politischen Konflikte auf dem Wege der direkten diplomatischen Verhandlungen zu lösen, so ist es notwendig, die Lösung auf dem Wege des Schiedsgerichtes zu erzielen.

Alles, was zur allgemeinen Einschränkung der Rüstungen dient, ist zu unterstützen.

Der politische Verband, der zwischen Estland und Lettland schon besteht, ist weiter zu entwickeln in dem Sinne, daß in diesen Verband auch die baltischen Staaten hineinzu ziehen sind, die zueinander gravitieren, in erster Hinsicht Litauen und Finnland. Dabei unterstreicht die Konferenz, daß die einzigen Ziele eines solchen Verbandes nur die Erhaltung des Friedens, die Garantierung der Unabhängigkeit der Staaten und die Sicherung des freien Verkehrs auf dem Baltischen Meere sein dürfen.

Die ökonomische Annäherung der baltischen Staaten.

Die baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen) können rationell die Aufgaben ihrer politischen und ökonomischen Entwicklung und des sozialen Wohlstandes lösen, wenn diese Staaten eine solche Politik betreiben, die auf die ökonomische Vereinigung dieser Staaten hinzielt.

Zur Lösung dieser Frage müssen die sozialistischen Parteien dieser Länder 1. die Passivität, welche die Bourgeoisie in der Frage der ökonomischen Vereinigung der baltischen Staaten zeigt, und die Hindernisse, die besondere Gruppen der Unternehmer der ökonomischen Annäherung entgegenstellen, überwinden und 2. folgende konkrete Annäherungspolitik verteidigen:

- a) Die Verständigung in der Politik des Außenhandels durch die Einführung der gleichen und gemeinsamen Zolltarife und Zollformalitäten, sowie auch durch Festlegung von gleichen Abgaben und Steuern im Handel, in der Schifffahrt und im Transport.
- b) Die Einheitlichkeit in der Tätigkeit der konsularen und Handelsvertretungen.

c) Die Einführung der gleichen Eisenbahntarife und die Gleichförmigkeit ihrer Anwendung; die Aufhebung alles dessen, was dem Personen- und Warenverkehr zwischen diesen Staaten hinderlich ist; die Aufhebung der Auslandszölle, der Visa und konsularer Gebühren.

d) Die Einführung der gleichen Systeme der direkten und indirekten Steuern sowie auch der Staatsmonopole, mit dem Ziele der Verminderung der indirekten Steuern und der Förderung der Entwicklung der Produktivkräfte.

e) Die gemeinsame Weiterentwicklung der Sozialgesetzgebung.

Um die stufenweise Durchführung dieser Reformen zu ermöglichen, ist es notwendig, zwischen den verbündeten Staaten spezielle gemeinsame Organe und Institute zu gründen, wie auch einen engen Kontakt der Parlamente der verbündeten Staaten zwecks Vereinheitlichung der Gesetzgebung zu erwirken.

Bis zur Realisierung einer solchen ökonomischen Annäherung ist es notwendig, die schon bestehenden ökonomischen Konventionen und Verträge zu vereinheitlichen. Die neuen Konventionen und Verträge müssen die drei verbündeten Staaten gemeinsam schließen.

In Anbetracht dessen, daß in ökonomischer Hinsicht die baltischen Staaten an dem russischen Marke ein sehr großes Interesse haben, so wie auch Rußland nicht weniger interessiert ist an einer engen ökonomischen Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten, erachtet es die Konferenz für notwendig, mit allen Mitteln die ökonomischen Beziehungen zwischen den baltischen Staaten und Rußland zu fördern und zu entwickeln, wobei diese ökonomische Annäherung weitergehen soll, als das Prinzip der Meistbegünstigung.

Der Völkerbund und die Agrarreform.

In der letzten Zeit haben die ehemaligen adeligen Großgrundbesitzer der baltischen Staaten Klagen gegen diese Staaten wegen der Agrarreform im Völkerbunde eingereicht.

1. Die Agrarreform war eine notwendige sozialökonomische Reform, die die breiten Schichten der Landlosen und Kleinbauern mit Land versorgte.

2. Die Agrarreform ist ein historisch wichtiges Ereignis in ganz Osteuropa, ohne deren Durchführung in den baltischen Staaten die innere politische Stabilisierung dieser Staaten nicht möglich gewesen wäre. In diesem Sinne ist die Agrarreform eine sozialökonomische Basis der unabhängigen und demokratischen baltischen Staaten.

3. Die Agrarreform wendet sich nicht gegen nationale Minderheiten, sondern gegen die soziale Minderheit — gegen ein kleines Häuflein der feudalaristokratischen Großgrundbesitzer.

4. Die Agrarreform, als reine sozialökonomische Reform, liegt in der Kompetenz der inneren Gesetzgebung der Staaten und unterliegt keineswegs der Begutachtung durch den Völkerbund, als dem Vertreter der Rechte der nationalen Minderheiten.

5. Der mögliche Druck des Völkerbundes zwecks Revision der Agrarreform im Interesse der ehemaligen feudalaristokratischen Großgrundbesitzer kann den Völkerbund in den Augen der breiten Volksmassen kompromittieren.

6. Die mögliche Einmischung des Völkerbundes in die Angelegenheiten der Agrarreform kann so scharfe soziale und politische Kämpfe hervorrufen, daß sie die friedliche Entwicklung der baltischen Staaten ernsthaft bedrohen würden.

In Betracht alles dessen protestiert die Konferenz gegen die Annahme der ehemaligen Großgrundbesitzer, mit ihren Beschwerden an den Völkerbund heranzutreten, sowie auch gegen die mögliche Einmischung des Völkerbundes, in irgendeiner Weise unter der Maske der Verteidigung der nationalen Minderheiten die Interessen einer kleinen Gruppe der feudalen Aristokratie zu verteidigen.

Die auf der Konferenz vertretenen Parteien werden den entschiedenen Kampf zur Verteidigung der Agrarreform fortsetzen. In diesem Kampfe zur Verteidigung einer der wichtigsten Errungenschaften der Revolution und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker werden die Parteien alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel benutzen.

treten, die besonders von den Parteien der Rechten ausgehen; die Entente-Republicaine, deren Vorsitzender der Minister Marin ist, hat Poincaré durch eine Delegation mitteilen lassen, daß sie bei aller Sympathie für die Regierung die größten Vorbehalte gegen die Ratifizierung der Schuldenabkommen in der gegenwärtigen Form habe. Ähnlich ist die Stimmung in den gemäßigten Mittelgruppen Bolanowski und Tardieu. Man versteht unter diesen Umständen, daß die Regierung sehr zurückhaltend bleibt und sich über ihre Absichten nicht äußert. Das Finanzministerium läßt nur die Nachricht von der bevorstehenden Aufnahme einer Anleihe in New York demontieren. Trotzdem dürfte der Ministerrat am Sonnabend mit der Frage der Richtigkeit der Ratifizierung der Schuldenabkommen befaßt werden. Wahrscheinlich wird man erst nach dieser Aussprache etwas Genaueres über die Absichten des Ministerpräsidenten erfahren.

Die ausländischen Devisen sind im Anschluß an die Verabschiedung der Vorlagen über die Amortisationskasse und das neue Abkommen mit der Bank von Frankreich am Freitag stark zurückgegangen. Das englische Pfund schloß mit dem offiziellen Kurs von 159,60, der Dollar mit 32,88.

Moskau trommelt nur noch gedämpft.

Die akute Kriegsgefahr ist verschwunden — dafür Enthüllungen über militaristische Pläne.

Wir zeigten vor acht Tagen, daß Moskau den Phantasiestück eines polnischen Angriffskrieges vor den Massen auf die Leinwand werfen ließ. Die Vorgewaltigen waren sich in die Haare geraten; so ließen sie Feuerlärm schlagen. Mit dem Mittel modernster Propagandatechnik wurde die unmittelbare Gefahr eines polnischen Angriffs auf Litauen und auf Rußland verkündet. Aber man kann nicht vierzehn Tage über einen riesigen Waldbrand berichten, wenn keiner da ist. Die Moskauer Propagandachefs sind jetzt so heruntergekommen, daß sie sich mit dem Kaffeestrauch am Statistisch-politischen Generalsekretariat beschäftigen müssen.

Die polnische Regierung hat zu oft von dem Wunsche des Friedens für Polen gesprochen. Zu deutlich erkennt der unbefangene Betrachter, wie der Friede den Polen notwendig ist. Das heißt nicht, daß etwa bis in alle Zukunft polnische militaristische Kreise auf Angriffslüste verzichtet, aber es heißt, daß von Polen zurzeit keinerlei Aggressionsgefahr droht. Aber da man lägen muß, muß auch das dürftigste Material aus den dunkelsten Quellen herbeigeholt werden. Die moskowitzischen Nachhaher bedienen sich dazu des früheren estnischen Befehlshaber Birk, der in ihre geistige Hörigkeit, damit in Konflikte mit seiner Regierung geriet, offen zu ihnen überging und nun die Geheimnisse seines Vaterlandes an die Bolschewisten verrät. Die „Towstija“ veröffentlicht einen Brief dieses Halunken, in dem er von den Plänen des estländischen „Generalstabes“, von

gemeinsamen Besprechungen polnischer und estnischer Offiziere berichtet. Was er erzählt, geht nicht über das Maß dessen hinaus, was die Militärs befreundeter Staaten von je und je miteinander beraten und planen. Dabei stellt sich heraus, daß diese Beratungen schon vor dreiviertel Jahren, im Herbst des vergangenen Jahres stattfanden, also eben gar keine unmittelbare Bedeutung besitzen.

Die russische Staatskrise geht weiter. Es bleibt das Bedürfnis, die unruhigen Massen außenpolitisch zu schrecken. Mit dem Warmblase ist es nichts gewesen. So trommelt Mootau nur noch gedämpft weiter. In ihren innenpolitischen Ängsten begreifen die Moskauer Machthaber noch immer nicht, daß es eines großen Reiches wenig würdig ist, Angst vor den militaristischen Plänen gewisser Kreise eines viel kleineren und eines winzigen Nachbarlandes zu zeigen.

Der Fall Gajda.

Geheimnisvolle Kabinettsberatung.

Brag, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Im Mittelpunkt der politischen Beratungen steht nach wie vor die Gajda-Affäre. Das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie ruft am Freitag unter Hinweis auf die Artikel ausländischer Blätter über diesen Fall der Regierung ein einschneidendes „Nach ein Ende!“ zu und fordert, daß die berufenen Organe endlich ein Rechtswort zur Berichtigung dieses internationalen Skandals sprechen. Das Ergebnis der Ministerratssitzung, die sich am Donnerstag mit diesem Fall beschäftigte, wird streng geheimgehalten (?).

Die Beamtenqualifikation der Volksschullehrer. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst einem Auszug aus der Entscheidung des Disziplinarhofes für die nächsttätigen Beamten in Berlin vom 19. April d. J. entnimmt, sind Volksschullehrer in disziplinarer Hinsicht mittelbare Staatsbeamte. Die Strafe der Verlegung in ein anderes Amt findet daher auf sie keine Anwendung.

Miß Gibson ausgewiesen. Violet Albina Gibson, die am 7. April d. J. Mussolinis Rosenkranz leicht beschädigt hat und die die Irrenärzte für geisteskrank erklärt haben, wird nach England deportiert und dort in eine Irrenanstalt gebracht werden.

Die Beschlagnahme der Sowjetguthaben in Frankreich war der Gegenstand einer Unterredung des Sowjetbotschafters Akozowitsch mit Außenminister Briand.

Aufsichtsratsmitglieder und Nationalrat. Ein Ausschuß des Wiener Nationalrates hat beschlossen, daß vom 1. Januar 1927 ab Stellenungen bei Aktiengesellschaften, die bankmäßige Geschäfte betreiben, mit dem Mandat eines Mitgliedes des Nationalrates unvereinbar sind.

Gewerkschaftsbewegung

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund 1925. Wiederaufstieg trotz Krise.

Die „Gewerkschaftszeitung“ veröffentlicht in ihrer Nummer 32 vom 7. August einen Auszug aus dem demnächst erscheinenden Jahrbuch des ADGB. Wir entnehmen diesem Artikel folgende Angaben, behalten uns jedoch vor, auf den Inhalt des Jahrbuchs eingehender zurückzukommen:

Die an das Jahr 1925 geknüpfte Hoffnung, daß es die Periode eines neuen Aufstiegs der Gewerkschaften einleiten werde, hat sich leider nicht in dem erwarteten Maße erfüllt. Wohl trat in der ersten Hälfte des Jahres eine erfreuliche Zunahme der Mitglieder ein. Doch die im Herbst ausgebrochene schwere Wirtschaftskrise, die sich schon im Sommer durch eine ständig wachsende Beschäftigungslosigkeit ankündigte, lähmte die weitere Entwicklung. Immerhin schließt das Berichtsjahr gegen das Vorjahr noch mit einem Mehr von 158 644 Mitgliedern ab.

Die Zahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände verringerte sich von 41 auf 40. Der Verband der Chorfänger schied im April 1925 aus dem ADGB, er gehört nunmehr dem AFA-Bunde an. Bei seinem Ausscheiden zählte dieser Verband 3457 Mitglieder. Die im ADGB vereinigten 40 Verbände hatten am Ende des Jahres zusammen 4 182 511 Mitglieder gegen 4 023 867 am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Der Höchststand an Mitgliedern wurde mit 4 213 545 im September erreicht. Im Durchschnitt des Jahres zählten die Verbände 4 156 451 Mitglieder, darunter 751 585 weibliche und 122 182 jugendliche.

Die folgende Aufstellung zeigt die Mitgliederzahlen der einzelnen Verbände am Ende der Jahre 1925 und 1924.

	1925	1924
Baugewerksbund	342 235	319 376
Bekleidungsarbeiter	82 822	87 640
Bergarbeiter	187 818	190 224
Böttcher	8 777	8 848
Buchbinder	49 958	53 302
Buchdrucker	79 340	71 924
Chorfänger	—	3 457
Dachdecker	9 387	9 228
Eisenbahner	197 900	186 960
Fabrikarbeiter	334 685	325 700
Feuerwehrmänner	7 926	7 830
Filmgewerkschaft	1 273	3 686
Fleischer	12 818	12 984
Friseurgehilfen	3 579	3 581
Gärtner	9 564	8 955
Gemeinde- und Staatsarbeiter	200 464	187 546
Glasarbeiter	45 392	36 604
Graphische Hilfsarbeiter	37 793	33 125
Holzarbeiter	297 511	284 742
Hotel-, Restaurant- u. Caféangestellte	23 470	22 413
Hutarbeiter	19 053	18 563
Kupferhämmer	6 269	5 637
Landarbeiter	185 212	179 656
Lebensmittel- und Getränkearbeiter	67 691	65 235
Lebendarbeiter	38 953	40 170
Lithographen	21 561	18 966
Maler	41 983	37 237
Maschinenisten	44 336	41 046
Metallarbeiter	764 609	719 934
Musiker	25 211	22 830
Nahrungs- und Genussmittelarbeiter	54 119	52 761
Porzellanarbeiter	47 534	50 545
Sattler, Leptzierer und Portefeulier	31 890	31 341
Schornsteinfeger	2 892	2 703
Schuhmacher	84 412	85 379
Schweizer	11 255	11 300
Steinarbeiter	53 931	43 823
Tobakarbeiter	58 258	66 712
Textilarbeiter	312 935	326 342
Verkehrsbund	289 455	274 275
Zimmerer	86 150	80 264
Summa	4 182 511	4 023 867

Die Kassenverhältnisse der Verbände haben sich im allgemeinen außerordentlich gut entwickelt. Die Beitragshöhe ist beträchtlich gestiegen, und damit ist auch die Beitragseinnahme erheblich gewachsen. Die Gesamteinnahme betrug 147 526 701 M. gegen 97 037 600 M. im Vorjahre. Von der Jahreseinnahme 1925 kommen 136 256 640 M. auf Beitragsleistungen. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 125 874 093 M. Für Unterstützungen wurden 33 042 727 M., für Lohnbewegungen, Streiks und Ausprägungen 29 656 960 M., für Verbandsorgane und Bildungszwecke 5 968 770 M. und für Agitation, Generalsammlungen, Verbindungen usw. 21 723 250 M. verausgabt. Die Ausgaben für Unterstützung sind gegen das Vorjahr um 22 698 116 M. und die für die wirtschaftlichen Bewegungen um 12 971 024 M. gestiegen. Die Verwaltung erforderte eine Ausgabe von 35 482 386 M. Davon entfallen 29 340 684 M. auf die Orts- und Sauerwaltungen, und der übrige Teil auf die Zentralverwaltungen. Unter dem Einfluß der gebesserten Finanzlage ist der Anteil der Ausgaben für Unterstützungen an den Gesamtausgaben günstiger geworden, während andererseits die Verwaltungskosten anteilmäßig zurückgingen. Von je 100 M. der Gesamtausgabe wurden für Unterstützungen verausgabt 26,26 M., dagegen 1924 14,98 M. Von den Unterstützungen kamen auf: Arbeitslosenunterstützungen 13 614 291 M., Krankenunterstützung 14 130 286 M., Notfallunterstützung 1 084 564 M., Sterbefallunterstützung 1 727 188 M., und auf die übrigen Unterstützungen 2 286 396 M.

Eine recht erfreuliche Entwicklung verzeichnen die Ortsausschüsse des ADGB. Ihr Bestand war besonders hart von der Währungskaustrophe betroffen worden. Inzwischen haben viele Ortsausschüsse, die ihre Tätigkeit einstellen mußten, diese wieder aufgenommen. Durch die Statistik für 1925 wurde der Bestand von 1067 tätigen Ortsausschüssen festgestellt, von denen 1014 berichteten. Diesen waren am Ende des Jahres 11 168 Gewerkschaften angeschlössen. Von der Statistik wurden erfasst 3 355 952 Mitglieder.

Die größeren Ortsausschüsse verfügen über recht bedeutende und für die Arbeiterchaft wertvolle Einrichtungen. In 127 Orten bestehen Gewerkschaftshäuser, von denen sich 102 in Eigenbesitz der Ortsausschüsse befinden.

Kommunistischer Bluff. Eintagsolidarität.

Die bolschewistische Presse geht mit der Nachricht haufieren, daß die kommunistische Organisation der Bergarbeiter Frankreichs beschloffen habe, einen Solidaritätsstreik zugunsten der englischen Bergarbeiter zu organisieren. Allerdings soll dieser famose Solidaritätsstreik am 9. August stattfinden, und nur einen Tag dauern. Eine Solidarität, die länger mehr als drei Monate wartet, um zum Ausdruck zu kommen, dann aber gerade einen Tag dauert, ist weiter nichts als ein erbärmlicher Bluff.

Da dieselbe Organisation vierzehn Tage vorher beschloffen hatte, zum 18. August einen unbeschränkten „Generalstreik“ zu proklamieren, angeblich um ihre Solidarität mit den englischen Bergarbeitern zu bekunden, vorausgesetzt, die französischen Zechenbesitzer bewilligen nicht vorher die geforderte Lohnerhöhung, so ist der zweite Beschluß offenbar nur ein Zurückzieher. Die bolschewistischen Bergarbeiter wollen sich nicht materiellen Opfern aussetzen.

Es kommt aber noch schöner. Wie Pierre Bigne, Sekretär des französischen Bergarbeiterverbandes Amsterdamer Richtung, im „Peuple“ feststellt, hatte die letztere Organisation dem englischen Verband das Anerbieten gemacht, in einen zweitägigen Solidaritätsstreik zu treten, und diesen Streik eventuell zu verlängern. Dieses Angebot ist nicht angenommen worden. Hinterher kommt dann die kommunistische Organisation mit ihrem lächerlichen Beschluß, dessen Zweck natürlich nicht die Solidarität mit den englischen, sondern die Spaltung der französischen Bergarbeiter ist. Auf diesen jämmerlichen Bluff fällt aber nur hinein, wer noch darauf hineinfallen will.

Keramischer Bund.

Soeben erscheint die Nr. 1 des „Keramischen Bundes“, das wöchentlich erscheinende Organ des „Industrieverbandes für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, grobkeramische und Baustoffindustrie, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands“, der nunmehr an Stelle der „Ameise“ und des „Fackelgenossen“ tritt, die bisherigen Organe der Porzellanarbeiter und Glasarbeiter, die nunmehr innerhalb des Fabrikarbeiterverbandes verschmolzen sind. Der „Keramische Bund“ zählt 160 000 Mitglieder und stellt also innerhalb des Fabrikarbeiterverbandes eine starke Berufsgruppe dar.

Bemerkenswert ist, daß die Schriftleitung des „Keramischen Bundes“ in Charlottenburg verbleibt, obwohl der Sitz des Fabrikarbeiterverbandes bekanntlich in Hannover ist. Damit hat der Fabrikarbeiterverband es ausgezeichnet verstanden, nicht allein den besonderen beruflichen Bedürfnissen der im Keramischen Bund vereinigten Fachgruppen, sondern auch gewissen inponderabilen Rechnungen zu tragen, die nun einmal auch im Organisationsleben der Arbeiter eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Der Fabrikarbeiterverband ist damit anderen Beispielen gefolgt, insbesondere dem Deutschen Verkehrsbund, der eine große Anzahl von Berufen als selbständige Fachgruppen mit eigenen Organen unter Beibehaltung ihres bisherigen Namens vereinigt hat. Vielleicht ist es diese Form der Industrieverbände, die für sich die Zukunft hat.

Kapitalistische Barbarei.

1900 Berliner Künstler in der Erwerbslosenfürsorge.

Nach den Feststellungen der Künstlerwertliste, Berlin-Schöneberg, Neues Rathaus, in deren Händen die Organisation und Verwaltung der Erwerbslosenhilfe für die notleidenden Künstler liegt, erhalten insgesamt etwa 1900 Berliner Künstler Erwerbslosenfürsorge. Da die Angehörigen der freien Berufe bekanntlich keine staatlichen Unterstützungen mehr erhalten, da sie nie Krankentassen- oder Invalidenversicherungsbeiträge gezahlt haben, wird dieser Teil der Erwerbslosenhilfe aus städtischen Mitteln bestritten. Die erwerbslosen Künstler erhalten die gleichen Unterstützungsfälle wie die Arbeitslosen der handwerklichen und anderen Berufe. Außerdem stehen noch besondere Mittel zur Verfügung, um den notleidenden Künstlern, zu denen sowohl bildende Künstler, wie auch Schauspieler, Musiker und Schriftsteller in großer Zahl gehören, rückständige Mieten zu bezahlen, damit Ermittlungen verhindert und die Künstler nicht aus ihren Wohn- und Arbeitsstätten vertrieben werden. Die Unterstützung der in Not geratenen Vertreter der geistigen Berufe und der Künstler ist ausschließlich Sache der Kommunen, da die Unterstützungsfälle der Künstlerorganisationen, die im Frieden über einen Fonds von etwa 12 Millionen Mark verfügten, durch die Inflation bis auf den letzten Pfennig ausgeleert und auch jetzt infolge der Wirtschaftskrise nicht wieder auch nur einigermaßen aufgefüllt werden konnten. Millionen hungern, die Künstler selbst sind brotlos: fürwahr eine herrliche Kultur!

Der Konflikt im Einzelhandel.

Die Berliner Einzelhandelsgemeinschaft hat, nachdem sie selbst erst den Schiedspruch für die Handelshilfsarbeiter abgelehnt hat, an jedes ihrer Firmennmitglieder folgendes Schreiben versandt:

„Mit dem 30. Juli d. J. ist der bisherige Lohnvertrag außer Kraft getreten. Mit Wirkung vom 7. August 1926 bringen wir die Lohn-

sätze des in der Anlage beigefügten Tarifes (Sähe des Schiedspruches vom 30. Juli d. Red.) zur Anwendung. Diejenigen Handelshilfsarbeiter, die mit dieser Neuregelung nicht einverstanden sind, können zum nächstzulässigen Termin kündigen.“

Ein Teil Berliner Firmen hat dieses Schreiben ihren Arbeitern nicht etwa nur zur Kenntnisnahme unterbreitet, sondern durch eigenhändige Unterschrift ihr Einverständnis mit dieser Maßnahme verlangt. Eine Anzahl von Handelshilfsarbeitern, die die Unterschrift verweigerten, ist bereits entlassen worden. Die meisten Firmen, vor allem fast alle Kaufhäuser tragen dieser Anweisung ihrer Organisation nicht Rechnung. In einigen versucht man jedoch, einen Keil in die Arbeiterchaft zu treiben. In einem Berliner Kaufhaus fand ein Teil der Arbeiter bei der gestrigen Lohnzahlung in ihren Lohnstücken einen Zettel folgenden Inhalts:

„Streng vertraulich! Trotz Ablauf des Tarifvertrages erhalten Sie unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs ihren bisherigen Lohn weiter. Ueber die Nachricht ist Stillschweigen zu bewahren zur Vermeidung sofortiger Lohnkürzung.“

Der übrige Teil fand in der Lohnstückerfolgenden Zettel:

„Nach Ablauf des Tarifvertrages beträgt der Lohn von der nächsten Lohnwoche ab unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs ... Mark.“

Die Handelshilfsarbeiter werden sich durch diese Manöver der Unternehmer nicht irre machen lassen und im engsten Zusammenarbeiten mit ihrer Organisation den Unternehmern härtesten Widerstand leisten. Sie sind sich in der Abwehr jeglichen Lohnabbaues einiger als es anscheinend die Unternehmer selbst sind. Solche Erpressungen, wie sie von einzelnen Unternehmern durch die erfolglosen Entlassungen eingeleitet werden, werden jedenfalls nicht dazu beitragen, die schon kritische Situation zu entspannen.

Gegensätze in den englischen Gewerkschaften.

Ein Erfolg bolschewistischer Minierarbeit.

London, 6. August. (Eigener Bericht.) Die britischen gewerkschaftlichen Verbandstage, die dem Generalstreik folgen, scheinen unter dem Hegelischen Geleß der Gegensätze zu stehen, eine Folge der tiefen Erschütterung, die die gesamte britische Gewerkschaftsbewegung durch den Generalstreik erzeugt hat. Während die Seemanns-Gewerkschaft unter der Führung des zweideutigen Harry Lock Willson sich von der Transportarbeiter-Internationale unter egoistischen Gesichtspunkten losgelöst hat, scheinen sich die Schneider nach der entgegengelegten Richtung hin zu entwickeln. Dem in Leeds zusammengetretenen Verbandstag der Schneider und der Arbeiter des Bekleidungsgebietes lag eine Entschließung vor, in der die Bemühungen des Generalrates, eine gewerkschaftliche Einheitsfront herbeizuführen, begrüßt werden und der Generalrat aufgefordert wird, alles, was in seinen Kräften stehe, zu tun, um die Einheit zu sichern. Die Entschließung fordert ferner die Internationale der Bekleidungsarbeiter auf, mit dem russischen Verband der „Nabelarbeiter“ Verhandlungen zwecks Einbeziehung dieser russischen Gewerkschaft in die Internationale zu eröffnen.

Der Generalsekretär des britischen Verbandes unterstützte diese Entschließung und stellte fest, daß die Haltung der Amsterdamer Internationale „unerträglich“ wäre und die Gewerkschaft veranlassen würde, ihre Stellung gegenüber der Berufsinternationale zu revidieren. Dieser Vorschlag wurde nach dem Bericht des „Daily Herald“ einstimmig angenommen. Er bedeutet nach dem offiziellen Organ der britischen Gewerkschaften den Austritt des britischen Verbandes aus der Internationale, falls der russische Schneiderverband nicht aufgenommen wird. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen wurde die Verbandsleitung ermächtigt, in Zukunft an den Verbandstagen der russischen Schneiderorganisation teilzunehmen.

Streik öffentlicher Betriebe in Lodz.

Warschau, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag nachmittag brach in Lodz ein Streik der Angestellten aller gemeinnützigen Institute aus, nachdem Lohnforderungen und Wünsche sozialer Art abgelehnt worden waren. Kompromissversuche wurden von den Arbeitnehmern abgelehnt. Der Streik umfaßt Postamt, Gasanstalt, Straßenbahn und Schlachthaus. Ein Streik im Elektrizitätswesen, Telefon- und Telegraphenamt ist in Aussicht genommen.

Warschau, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik in Lodz greift immer mehr um sich. Am Freitag früh streikten 10 000 Arbeiter, am Sonnabend sollen weitere 5000 aus bisher vom Streik nicht berührten Betrieben hinzutreten. Falls die Forderungen weiterhin nicht berücksichtigt werden sollten, beabsichtigt die Streikleitung, eine weitere Verschärfung der Maßnahmen eintreten zu lassen.

Achtung Stein- und Kalkträger! Die Baustelle der Firma Sommerfeld in Charlottenburg, Kaiserdamm Ecke Fredericiastraße läßt durch die Fuhrstufirma Großmann die Kalk- und Steintransporte ausführen. Die Firma Großmann ist wegen Nichterfüllung des Tarifvertrages für Stein- und Kalkträger gesperrt.

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Berlin, Freie Vereinigung der Affordsteinträger.

Achtung Fliesenleger! Wegen tarifvertraglicher Verstöße ist die Firma Heilmann u. Wittmann, Baustelle Europahaus am Anhalter Bahnhof, für Fliesenleger gesperrt.

Fachgruppe der Fliesenleger im Bauergewerksbund, Freie Vereinigung der Fliesenleger.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geiger; Wirtschaft: Erich Göttermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schifowski; Satire und Cartoons: Erik Korhädt; Anzeigen: Th. Wiedt; sämtlich in Berlin; Verlag: Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin. Vertrieb: Paul Sauer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.

Einer sagt's dem andern!



DIE BACCARAT

IST NEU 5Pf.



GARBÁTY



Der Regen floß wieder ohne Unterlaß. Der Wetterbericht hatte ihn vorausgesagt und der Augenschein konnte nichts anderes be-

Fahrt im Regen.

Wir brachten das Boot zu Wasser, machten alles dicht, die Kleider verschwanden unter der Spritzwasserdecke und wir selbst begnügten uns mit einer Badehose. So gerüstet, konnte die Fahrt beginnen.

mung so verbessert hatte. Schwarz wurde der Himmel, der Wald dunkelte über den See. Dickhäutige Röhne lagen auf hohem Ufer.

Das Land des Kalksteins.

Dann fanden wir links eine kleine Ausbuchtung, in der ein schmerzlicher Lärm hinter dem andern lag. Aus jedem quoll der dem Kalkstein eigentümliche Geruch. Eifrig klappten kleine Hunde.

lich kalt geworden. Doch hatte man Mitleid mit uns und im Stroh des Heubodens fanden wir unsere Ruhstatt. „Johann“ führte uns hinauf, nachdem wir geschworen hatten, kein Streichholz anzuzünden

Heimfahrt.

Gegen 10 Uhr vormittags setzten wir das Segel und traten mit gutem Wind den Rückweg an. Noch nicht fünf Minuten mähte die Fahrt, als auch schon wieder der Regen begann, der sich in den Morgenstunden etwas ausgerührt hatte.

Die Sigurantin.

Roman eines Dienstmädchens von Léon Frapic.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Kunde-Gracia. Aber dann, welches Mißbehagen, festzustellen, daß alles falsch, erkünstelt in der grauen düsteren Wohnung ihrer Herrschaft war.

Salon ihren Freunden gegenüber beklagten, bei Sulette keine Dankbarkeit und Hingebung zu erkennen. Eine Wendung wurde ganz besonders von Frau Coton und ihren Besucherinnen mit fühner Verzweiflung wiederholt: „Es muß wirklich so sein, daß die Dienstmoten sehr wenig Herz haben!“

Glück und die Hoffnung auf Erfolg. Leichtem Sinnes und unternehmend sah sie mit Freude elegant aussehende Frauen in kostbaren Mänteln promenieren, ebenso Männer, die gütige und freigebige Herren sein mußten, mit Spazierstock in der Hand oder auch wohl der Advokatenmappe unter dem Arm.

(Fortsetzung folgt.)

Die städtischen Notstandsarbeiten.

Heranziehung der Straßenbahn zu den Arbeiten.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte in der vorigen Woche grundsätzlich den Vorschlag des Magistrats mit ihrem umfangreichen Notstandsprogramm, in dem insgesamt Arbeiten in Höhe von ungefähr 30 Millionen Mark vorgesehen sind, zugestimmt. Dabei war nur die Einschränkung gemacht worden, daß die einzelnen Projekte noch einmal vom städtischen Haushaltsauschuss durchberaten werden sollten. Diese Beratung erfolgte, wie wir bereits im größeren Teil der gestrigen Abendausgabe mitteilten, gestern in einer Sitzung des Haushaltsauschusses im Berliner Rathaus unter dem Vorsitz des aus dem Urlaub zurückgekehrten Stadtverordnetenvorsitzers Haß. Der Haushaltsauschuss hat in mehrstündiger Beratung die einzelnen Arbeiten durchgesprochen und sie fast ausnahmslos bewilligt.

Bei den Straßenbauten sollen die Arbeiten für die Neueinteilung der Charlottenburger Chaussee im Bezirk Tiergarten und der Weg längs der Koubahn vorläufig zurückgestellt werden. Dafür sind neu eingesetzt worden die Instandsetzung der Verbindungsstraßen zwischen Tempelhof und Neudölln im Zuge der Göttschewinkel-Straße—Altdorfer Weg, dann die Budower Chaussee, Bezirk Neudölln, ferner im Bezirk Köpenick eine Entlastung der Friedrichshagen-Straße durch Schaffung einer direkten Verbindung zwischen Bahnhof Friedrichshagen und Fürstendammer Chaussee, im Bezirk Reinickendorf der Ausbau des Hermsdorfer Weges. Bei den Arbeiten der Stadientwässerung wurden nur unwesentliche Veränderungen vorgenommen. Grundsätzliche Billigung fand die Vorlage des Magistrats über die Durchführung der Nord-Südbahn in Neudölln und Tempelhof bis zum Südring. Die Durchführung und Bergung dieser Arbeiten soll im einzelnen im Einklang mit dem Technischen Ausschuss, der für die UGB-Bahn eingesetzt ist, erfolgen. Nach der Stimmung in Stadtverordnetenkreisen ist infolgedessen als sicher damit zu rechnen, daß die Bahn über das Tempelhofer Feld nicht als Einbahnstraße, wie ursprünglich geplant, sondern sofort als Tunnelbahn ausgeführt werden.

Bei dieser Gelegenheit gab es eine längere Debatte über die Einbeziehung der Straßenbahn in das Arbeitsbeschaffungsprogramm. Von allen Seiten wurde es für wünschenswert gehalten, daß die Straßenbahn eine Reihe ihrer seit langem fertig vorliegenden Projekte zum Ausbau ihres Liniennetzes nach und nach in den Vororten beschleunigt zur Ausführung bringt. Eine sozialdemokratische Anregung, daß die Straßenbahn für diese Zwecke eine Anleihe aufnehmen, fand allgemeine Unterstützung. Es wurde schließlich ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, in dem der Aufsichtsrat der Straßenbahn ersucht wird, die Finanzierung weiterer Linien beschleunigt zu prüfen. Es handelt sich in erster Linie um den Ausbau der Straßenbahnstrecke Bahnhof Heerstraße—Spandau mit einer Seitenabzweigung ins Stadion, ferner die Durchführung der Straßenbahn zum neuen Elektrizitätswerk Rummelsburg und darüber hinaus nach Oberschöneweide—Köpenick durch die Wuhlheide. Zu diesen beiden großen Linien kommen aber noch zahlreiche kleinere Verkehrswünsche, so die Fortführung der Straßenbahn nach Wichtenrade usw. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die Straßenbahnverwaltung die Inangriffnahme dieser Arbeiten mit größter Energie beschleunigen würde. Dadurch könnte noch in diesem Herbst erhebliche Arbeitsgelegenheit geschaffen werden.

Die Beratung der Vorschläge für Sportplätze führte zu einer schließlichen Vertagung der Weiterberatung auf den kommenden Dienstag. Inzwischen wurde nur noch die Erhöhung der Entwässerungsgebühren von 12 auf 14 Pf. debattiert und genehmigt. Für die Finanzierung der Straßenbauprojekte hat der Magistrat als Deckung die Erhöhung der Hundesteuer von 60 auf 70 Mark ab 1. Oktober d. J. vorgeschlagen. Damit wird er kaum Glück haben, und der Haushaltsauschuss wird sich mit der Frage beschäftigen müssen, wie weit auf anderem Wege Mittel zur Verfügung gestellt werden können.

Gemeinsam in den Tod.

Grund: Wirtschaftliche Not.

Der 71jährige praktische Arzt, Sanitätsrat Dr. R. Mayer und seine 61jährige Ehefrau Rosalinde wurden gestern in ihrer Wohnung Brückenallee 11 tot aufgefunden. Seit dem 2. August hatte man die beiden alten Leute nicht mehr im Hause bemerkt. Da man aber wußte, daß das Ehepaar nicht verreist war, wurde der Verdacht rege, daß sich vielleicht ein Unglück ereignet hätte. Die Polizei wurde benachrichtigt, die beide in ihrem Schlafzimmer leblos aufgefunden. Ein hinzugerufener Arzt stellte fest, daß der Tod durch Vergiftung bereits am 2. August eingetreten sein muß. Aus vorgefundenen Abschiedsbriefen ergibt sich, daß das Ehepaar im gegenseitigen Einverständnis aus dem Leben geschieden ist. Der Grund zu dem Verzweilungsschritt soll in wirtschaftlicher Not liegen. Die Toten wurden nach dem Schauhaus gebracht.

Der falsche Grunewaldförster.

Ein Mann in mittleren Jahren, der im Grunewald streng auf Ordnung hielt, spielte seit einiger Zeit den Revierförster. Viel Umsehau hielt er namentlich in der Gegend des Freibades Wannsee, aber auch weiterhin in der Gegend von Nikolassee und Zehlendorf. In der Försteruniform umhergehend hielt er alle Männer an, die er im Walde mit brennender Zigarre traf, diktierte ihnen eine Strafe, zog sie auch gleich ein oder pfändete, wenn die Halbtatler nicht genügend bares Geld bei sich hatten. Wenn es verlangt wurde, so stellte er eine Empfangsbcheinigung aus, sonst steckte er Geld und Pfand auch so ein. Einem Handelsmann, den er wiederholt im Walde gesehen hatte, verkaufte er zuletzt im Restaurant Hundebeste 20 Kubikmeter Holz und ließ sich darauf eine Anzahlung geben. Als sich der Käufer auf der Försterei genauer nach dem Standort des Holzes erkundigen wollte, erfuhr er, daß er beschwindelt worden war. Heiratstüchtige Damen, die ganz gern „Frau Förster“ gewesen wären, bewog er leicht, mit ihm einen Waldspaziergang zu machen und ihn später in ihre Wohnung einzuladen. Dort bestahl er sie, wenn er ihnen kein Geld ablocken konnte. Die richtigen Förster und die Kriminalpolizei hatten wiederholt schon vor dem Schwindler gewarnt. Gestern gelang es durch die Aufmerksamkeit des Publikums, ihn endlich unschuldig zu machen. Er wurde festgesetzt als ein 42 Jahre alter Richard Lange, der bis vor kurzem in Templin Privatförster gewesen ist. Nach seiner Entlassung ließ er seine Familie sitzen und hielt sich wohnungslos in Berlin auf. Gefährdete, die noch keine Anzeige gemacht haben, werden ersucht, sich beim Revier 163 oder bei Kriminalsekretär Neumann im Polizeipräsidium zu melden.

Kneipereien während der Dienstzeit.

Der Leiter einer amtlichen Dienststelle war wegen unangebrachter Wäde mit einer Disziplinarstrafe belegt worden. Der Reichsdiskiplinarhof hielt die Bestrafung für angebracht und führte u. a. aus, der Angeklagte war nicht beauftragt, eigenmächtig die täglichen Dienststunden der von ihm geleiteten Dienststelle von acht auf sieben Stunden festzusetzen; er handelte damit den bestehenden Vorschriften entgegen, nach welchen die Arbeitszeit der Behörden wöchentlich mindestens 48 Stunden betragen sollte. Unter den abzuwägenden Umständen müsse sein Verhalten als ordnungs- und dienstwidrig, aber doch nicht als ein besonders erhebliches Dienstvergehen angesehen werden. Ein schweres Dienstvergehen stelle aber die fortgesetzte Duldung von Kneipereien seiner Untergebenen in den Diensträumen und während der Dienststunden sowie eine gelegentliche Beteiligung hieran dar. Darunter mußte der Dienstbetrieb und die Dienstpflicht leiden. Das Verhalten des Angeklagten war derart, daß eine erhebliche Dienststrafe am Platz war. Der Angeklagte habe sich nur keine Anstöße, die ihm eine gewissenhafte Dienstaufsicht vorrief, gößlich ver-

legt, sondern sich auch in seinem Amte durch sein Verhalten, indem er mitrante und mittanzte und dadurch seine Autorität untergrub, der Achtung unwürdig gezeigt, welche seine dienstliche Stellung als Vorgesetzter erforderte.

Umsteigebahnhof am Funkturm.

Kein Umbau des Bahnhofes Charlottenburg.

Bei der Elektrifizierung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen soll bekanntlich an der Strecke nach Grunewald zwischen den Bahnhöfen Charlottenburg und Eichkamp, am Schnittpunkt mit der Ringbahn in der Nähe des Funkturmes, ein zweigleisiger Umsteigebahnhof angelegt werden. Mit diesen Arbeiten ist vielfach in der Öffentlichkeit ein vollständiger Umbau des bestehenden Bahnhofes Charlottenburg in Verbindung gebracht worden. Wie wir hierzu von der Reichsbahndirektion Berlin erfahren, trifft dies nicht zu. Ein Umbau ist vorläufig nicht beabsichtigt. Gleichzeitig mit dem Bau des Umsteigebahnhofes werden lediglich die Spandauer Vorortzüge in einer neuen Strecke an diesen Bahnhof herangeführt und so auf die Stadtbahnlinie geleitet. Die neue Strecke zweigt am Bahnhof Heerstraße in südlicher Richtung ab, durchquert das freie Gelände westlich der neuen Sportplatzanlagen und die Nordseite der Alus und mündet dann in die Grunewald-Straße ein. In Zukunft werden noch Verhandlungen mit der Stadt Berlin wegen der Benützung des Restgeländes geführt. Danach erfolgt die öffentliche Ausstellung und landespolizeiliche Prüfung der Pläne, worauf bereits im Herbst mit den Bauarbeiten begonnen werden soll. Durch den Bau der neuen Strecke zwischen dem Umsteigebahnhof und dem Bahnhof Heerstraße werden die Verkehrsverbindungen zwischen der Stadtbahn und der Spandauer Strecke über Fiedelsberg wesentlich verbessert, da die Züge auf besonderen Gleisen, unabhängig vom Fernverkehr, der jetzt teilweise die Gleise mitbenutzt, selbständig durchgeführt werden.

Gistlos der Wirtschaftlerin.

Der Tod der Wirtschaftlerin Alma Timm, über den wir aus der Friedbergstraße in Charlottenburg berichteten, wurde rasch aufgeföhrt. Die Ermittlungen der Charlottenburger Kriminalpolizei ergaben, daß sich die 37 Jahre alte Timm selbst das Leben genommen hat. St., mit dem sie seit Jahren zusammenlebte, besaß früher eine Apotheke und hatte von der Zeit her noch verschiedene Gistlöcher, die er in einer Stahlfassette in seiner Wohnung aufbewahrte. Früher Timm hat, wie festgestellt wurde, schon wiederholt geäußert, daß sie sich, wenn es wieder „einen großen Krach“ gäbe, das Leben nehmen würde. Sie muß unheimlich die Gelegenheit gehabt haben, heimlich zu dem Schlüssel der Kassette zu gelangen, diese zu öffnen und Kokaïn herauszunehmen. In der Nacht zum Freitag, als es wieder einen Aufruhr gegeben hatte, nahm sie davon eine große Menge, die zum Tode führen mußte. Nach diesen Feststellungen wurde St. bereits wieder auf freien Fuß gesetzt.

Jungsozialistentreffen in Ludenwalde.

Die Jungsozialisten Berlins und der Provinz Brandenburg versammelten am Sonnabend, den 7. und Sonntag, den 8. August d. J. in Ludenwalde ein Gaudetreffen. Die Tagung beginnt am Sonnabend und wird am Sonntag fortgesetzt. Sie findet im Gemerkschaftshaus, Karl-Eds-Beeliger-Straße, statt. Am Sonnabend wird der Redakteur der „Jungsozialistischen Blätter“, der Genosse Engelbert Graf über das Thema „Der Imperialismus der europäischen Großmächte“ sprechen. Für den Sonntagvormittag ist ein Umzug durch die Stadt und ein Sommerfest im „Birkenwäldchen“ geplant. Die Spielgemeinschaft der Berliner Jungsozialisten wird den künstlerischen Teil des Festes bestreiten. In ihrem Mittelpunkt soll ein Schmelzspiel „Am Rarierplatz der Sioux“, ein Spiel von Trappern, Indianern, Courths-Kahler-Typen und anderen Schmelzliteraturhelden, stehen. Alle Partei- und Jugendgenossen sind als Gäste willkommen.

In „Dolk und Zeit“ bringen wir auf der zweiten Seite ein Bild vom „Kreuz des Friedens“, das von deutschen Pazifisten in Bierolle errichtet wurde; unsere Ueberschrift nennt den Ort irrtümlich Thierolle bei Verdun.

Die juristische Sprechstunde fällt heute aus. Montag und Dienstag beginnt die Sprechstunde statt um 3 Uhr, um 4 Uhr.



Ein wunderschöner Abend. Der Rundfunk bekommt Niveau. Das Programm bringt Robert Schumann mit Streichquartetten, kleineren Klavierkompositionen und mit einer Auswahl bekannter Lieder aus dem Heine-Zyklus „Dichterliebe“. Kein, der Abend vermittelt kein genaues Bild des Meisters, er gibt nur einen Ausschnitt: den Romantiker, weniger den Sucher nach neuer Form und neuem Ausdruck, er schildert den Komponisten der „Rondnacht“, bei dem die „mondbelegante Zaubernacht“, die Sehnsucht der Romantiker, Ruft geworden ist. Nur in dem Streichquartett A-Dur, von dem Guarneri-Quartett eindrucksvoll gespielt, ein Suchen und Laufen, ein Ringen um die Gestaltung der inneren Vision. Hier ist die Ruft von einer beinahe Tristanschen Sehnsucht, übrigens taucht auch hier das Motiv auf, das Wagner zu seinem Liebesliedema im „Tristan“ verwendet. Der Tenor Richard Wilde hat das Format für die Lieder des Heine-Zyklus. Die Stimme ist schlank und biegsam, in allen Bogen gut ausgeglichen. Sehr zart behandelt Wilde diese Lieder, findet aber auch in „Ich große nicht“ starken Ausbruch, hier wächst seine Stimme und erhält metallischen Klang. Leider hat Leonid Kreutzer abgesetzt, an seiner Stelle spielt Prof. Schmidt mit etwas akademischer Haltung, hin und wieder nimmt er ein sehr schnelles Tempo an, auffällig in den Fantasiestücken, aber sein Vortrag ist sorgsam ausgefeilt. Im ganzen ein Abend, mit dem man zufrieden sein kann, und der unbedingt Lob verdient. Auch das Nachmittagskonzert brachte gute Sachen. Manchmal besinnt sich eben die Leitung des Rundfunks darauf, daß sie auch eine künstlerische Mission zu erfüllen hat.

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 7. August.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
12 Uhr mittags: Die Viertelstunden für den Landwirt. 5 bis 6.30 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufman. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theater- und Filmdienst. 7 Uhr abends: Obering. Otto Nairs: „Die Großfunkstation Nauener“. 7.25 Uhr abends: Dr. A. W. Ado Baedler: „Chilo als Salpeterland“. 7.55 Uhr abends: Baurat Dr. Franz Jaffe: „Der Genius des Raumes“. 8.30 Uhr abends: Funkkabarett. Mitwirkende: Maria Ney, Franz Baumann, Wilhelm Bendow, Henry Berg, Karl Schnog. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater und Filmdienst. 10.50—12 Uhr abends: Tanzmusik (Kapelle Kernbach). Leitung: Kapellmeister Otto Kernbach.

Königswusterhausen, Sonnabend, den 7. August.

1.10—1.40 Uhr nachm.: Musikalische Darbietungen für Schüler. Volklied zur Laute (Dr. Max Burkhardt). 2—3.30 Uhr nachm.: Prof. Amsel und Oberschullehrer Westermann: Einheitskurschrift. 3.30—4.30 Uhr nachm.: Professor H. Düringen: a) Brat und Anfaucht des Wassergelüßels; b) Verwendung und Verwertung der Gefäßschichtprodukte. 4.30—5 Uhr nachm.: Mitteilung des Zentralinstitutes. 5—5.30 Uhr nachm.: Elias Steup: Bücher für Spiel und Beschäftigung. 8.20 Uhr abends: Uebertragung aus Berlin.

Der Neudöllner „Aufreubr“.

Alle Angeklagten zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Verhandlung vor dem erweiterten Schöffengericht in Neudölln gegen die acht Angeklagten wegen des Zwischenfalls in der Bergstraße endete gestern mit der Bestrafung aller Angeklagten wegen Aufruhrs. Die Angeklagten Zeidler, Schurich, Frenhof, Auer, Jeschrowski, Bentkowski, Richter und Koppe erhielten eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Der Haftbefehl gegen die vier ersten, die seit dem Vorfall in Untersuchungshaft saßen, wurde aufgehoben und die Untersuchungshaft mit zwei Monaten und eine Woche in Anrechnung gebracht. Alle Angeklagten, mit Ausnahme von Schurich und Bentkowski, erhielten auf drei Jahre Bewährungsfrist. Schurich soll sich als Rädeisführer beteiligt haben und Bentkowski ist schon mit einer Zuchthausstrafe in Höhe von 6 Jahren, auch wegen Aufruhrs, vorbestraft, darum wurde bei beiden die Bewährungsfrist abgelehnt.

Die Anklage beschuldigte alle Angeklagte, sich an einem Aufruhr beteiligt zu haben. Zeidler hat einem Beamten, der ihn festnehmen wollte, weil er der Aufforderung, weiterzugehen, nicht schnell genug Folge geleistet hatte, ins Gesicht geschlagen. Er soll nach dem Seitengewehr des ihn verhaftenden Schupos gegriffen haben. Die Zeugenvernehmung ergab, daß selbst der Beamte, der Zeidler verhaftet hatte, nicht behaupten konnte, daß Zeidler tatsächlich nach dem Seitengewehr gegriffen habe. Entlastungszeugen bekundeten, daß Zeidler, der an epileptischen Krämpfen leide, in einem solchen Anfall infolge der Erregung den Schupo geschlagen hätte, er hätte so schwere Krämpfe gehabt, daß er nicht einmal das Polizeiauto allein besteigen konnte, sondern von den Beamten heraufgezogen wurde. Zeidler ist der einzige Angeklagte, der Mitglied des Roten Frontkämpferbundes ist. Die anderen Angeklagten sollen sich dadurch strafbar gemacht haben, daß sie aus der Menge beleidigende und aufreizende Jurufe gemacht haben sollen und bei ihrer Verhaftung die Beamten geschlagen haben. Die Zeugenvernehmung gestaltete sich in einigen Fällen recht eigenartig, so z. B. bei Richter, der von einem Beamten verhaftet wurde, nachdem er ihn angeblich mehrere Male in der Menge beobachtet haben will, wie er die Leute aufgereizt hat. Jetzt gab der Beamte selbst zu, daß er sich nicht aufreizend benommen hätte. Die Vernehmung ergab, daß der Angeklagte, wie durch drei Eide seiner Sportgenossen erhärtet wurde, erst vier Stunden später, als ihn der Beamte beobachtet haben will, auf dem Platz erschienen ist. Bei anderen Beamten war gleichfalls die Aussage recht unbestimmt, ein Beamter hat den Angeklagten Auer erst verhaftet, nachdem sich dieser bei dem Major beschwert hatte, daß der Beamte ihn geschlagen hätte. Bei Frenhof ergab die Vernehmung, daß ein Schupo gesehen haben will, daß Auer gefangen habe. Auf die Frage des Vorsitzenden, daß man das doch in einer Menge nicht genau sehen könne, gab der Beamte zu, daß es auch ein anderer gewesen sein könne. Der Angeklagte Koppe wurde verhaftet, weil man ihn angeblich mehrmals beobachtet haben will, wie er die Menge aufgewiegelt habe. Auf die Frage des Vorsitzenden, woran der Angeklagte denn erkannt worden sei, antwortete der betreffende Schupo: „Am dem braunen Anzug und weil er keine Hut auf hatte.“ Die Aussagen einiger Frauen ergaben, daß die Polizei so nervös war, daß selbst Frauen oft recht unanständig angeht wurden. Wie sehr den Beamten bei diesem Zwischenfall die Ruhe fehlte, beweist, daß die Polizei von 27 Haftgefangenen 12 wieder freilassen mußte, weil „kein Beamter wußte, warum sie verhaftet waren“. Der Zeuge Lange sagte aus, daß in Neudölln der Rote Frontkämpferbund sehr harmonisch mit der Polizei zusammenarbeite, und daß er noch nie ein derartiges Verhalten von Polizeibeamten gesehen hätte. Die Beamten hätten sinnlos ausgefallen. Am tollsten soll es nach Aussage dieses Zeugen der Major Sternberg getrieben haben, der zu ihm, als er mit ihm sprechen wollte, sagte: „Da haben Sie Ihr Böbel. Da muß man zwischenwischen.“ Der Zeuge Lange hat dann, nachdem er sah, daß der Major Sternheim wie ein Berserker wütete, den Polizeipräsidenten Friedensburg angerufen, der dann auch nach Neudölln gekommen wäre und dem er dann von dem Verhalten des Majors Kenntnis gegeben hätte. Das Gericht nahm nach einem ausführlichen Plädoyer des Verteidigers Dr. Wiener in seinem Urteil Aufruhr an und verurteilte die Angeklagten zu den oben angeführten Strafen.

Verfassungsfeier des Berliner Polizeipräsidiums.

Das Polizeipräsidium wird, wie in dem vergangenen Jahre, auch in diesem Jahre den Verfassungstag durch eine besondere Feier begehen. Zu diesem Zwecke versammeln sich die Beamten des Innendienstes, der Kriminalpolizei und der Schutzpolizei am 11. August vormittags 9 Uhr 30 mit dem Unterkommando der Polizeigruppe Süd. Die Festrede hält, da der Polizeipräsident zurzeit auf Urlaub weilt, Polizeipräsident Dr. Friedensburg. Sie wird eingerahmt von musikalischen Darbietungen des Gelangschors der Kriminalpolizei sowie auch der Musikkapellen der Schutzpolizei. Sämtliche Polizeidienstgebäude werden an diesem Tage in den Reichs- und Landesfarben flaggen. Für die einzelnen Abteilungen und die Polizeiamter wird Sonntagsdienst eingerichtet.

Unter den Rädern eines Kraftwagens. An der Kreuzung Frankfurter Allee und Altauer Straße wurde gestern nachmittags der 74jährige Stellmacher Ernst Rodemald aus der Grunewald-Straße 60 beim Ueberschreiten des Fahrdammes von einem Privatkraftwagen erfasst und mehrere Meter mitgeschleift. Der Bruchstücke wurde mit einer schweren Schädelfraktur nach der nahegelegenen Rettungstelle 9 geschafft, wo aber der Arzt nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen konnte. Die Leiche wurde in das Schauhaus übergeführt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Ein mächtiges Braunkohlenlager wurde in der Nähe von Erkner bei Berlin entdeckt. Das Lager erstreckt sich über ein Gelände von 192 Quadratkilometer. In aller Stille hat man auf einer etwa 20000 Morgen umfassenden Fläche zahlreiche Probebohrungen vorgenommen, die ein überraschend günstiges Ergebnis brachten. Man rechnet mit einer Lagerförderung von 2000 Tonnen Braunkohle. Die Kohle ist hart teer- und gashaltig. Für die Erschließung wurden dieser Tage in einer Sitzung, an der die beteiligten Stadtgemeinden sowie Vertreter der Regierung und eines Berliner Finanzkonsortiums teilnahmen, die notwendigen Abmachungen getroffen. Die Ausbeutung für die Interessenten soll die Gewerkschaft „Prinz von Preußen“ übernehmen. — Wie dem Amaliden Preussischen Preßedienst aus dem Handelsministerium mitgeteilt worden ist, ist das Vorkommen von Braunkohle in dieser Gegend seit längerem bekannt, doch wird die Möglichkeit ihrer wirtschaftlichen Gewinnung von Sachverständigen verschieden beurteilt. An der Erschließung und „Ausbeute“ ist der preussische Staat nicht beteiligt.

Die Arbeitsgemeinschaft für Forstbau und Naturkunde e. V. Berlin-Friedrichshagen, unternimmt am Sonntag, den 8. August, einen botanischen Streifzug am Bahndamm Friedrichshagen-Sadoma. Führung: Dr. Stachowicz. Naturkunde als Gäste willkommen. Treffpunkt 9 Uhr vormittags am Bahnhof Friedrichshagen.

Ein Dampfer entzweitgeschnitten. Der französische Dampfer „Lotus“ lief nach einer Reibung aus Konstantinopel im Hafen von Rhizelle mit einem türkischen Frachtdampfer zusammen, der entzweitgeschnitten wurde und roch sank. Sieben Mann der Mannschaft des Frachtdampfers ertranken, während ein anderer von „Lotus“ gerettet wurde. Bei der Ankunft der „Lotus“ in Konstantinopel gaben die Behörden die Ermächtigung zur Abfahrt des Dampfers, behielten jedoch einen der Offiziere zurück. Die Besizer des untergegangenen Dampfers beanpruchten 120000 türkische Pfund Schadenersatz.

Ein schweres Aufbushunglück ereignete sich am Donnerstag in London. Im Norden Londons fuhr ein vollbesetzter Autobus um. Dabei wurden fünf Personen getötet und elf verletzt.

Die Notwendigkeit hoher Reallöhne.

Zur Umsatzstatistik des Textileinzelhandels.

Wie wir bereits mitteilten, hat der Reichsbund des Textileinzelhandels bei einer Anzahl seiner Mitgliedsfirmen eine statistische Erhebung über Umsätze und Unkosten veranstaltet. Die außerordentlich interessanten Ergebnisse an dieser Untersuchung hat das Institut für Konjunkturforschung ausgearbeitet. Es ist zu hoffen, daß die erfreuliche Bereitschaft des Textileinzelhandels zur Vorlage seiner Geschäftsumsätze vorbildlich wirkt und den Anstoß zu einer einigermaßen umfassenden Statistik der Einzelhandelsumsätze bildet, wie sie bisher lediglich von den Konsumvereinen — allerdings in einer verhältnismäßig einfachen Form — der Öffentlichkeit geboten wurde. Die Offenlegung der Umsatzziffern, zumal in der von den Textilgeschäften gewählten Form, wo nicht Einzelzahlen, sondern in Gruppen (geordnet nach dem Geschäftsumfang — Zahl der Angestellten —) zusammengefaßte Verhältniszahlen (Vergleichsbase 1913 und 1924 und 1925) bekanntgegeben werden, schließt ja jede Möglichkeit aus, daß die sogenannten Geschäftsgeheimnisse öffentlich bekannt werden. Die einzelnen Firmen können also unbesorgt ihre Umsatzgröße, derart in Verhältniszahlen umgerechnet, einer vertrauenswürdigen Zentralfirma mitteilen, ohne einen Mißbrauch befürchten zu müssen.

Die Vorteile, die aus einer größeren Publizität der Umsatzzahlen — wie überhaupt aller wirtschaftlichen Einzelheiten — erwachsen, sind so beträchtlich, daß ein Fortschreiten auf dem vom Textileinzelhandel eingeschlagenen Wege nur dringend befürwortet werden kann. Die einzelne Firma, die an einer solchen Untersuchung teilnimmt, gewinnt damit eine Vergleichsmöglichkeit, die ihr sonst verfallen geblieben wäre und aus der sich wichtige Schlüsse und Lehren für den eigenen Betrieb ziehen lassen. Für das gesamte Gewerbe, das sich von einer solchen Statistik erstmalig über die Veränderungen in der Wirtschaftslage Klarheit verschaffen kann, ist damit ein Ausgangspunkt für wirtschaftspolitische Erwägungen und Maßnahmen geschaffen. Vom allgemein vollen wirtschaftlichen Standpunkt aus bedeutet die Ergänzung unseres Wissens über den Gang der Konjunktur durch derartige Untersuchungen den ersten Anfang zu der erstrebten Möglichkeit, durch zweckentsprechendes wirtschaftspolitisches Verhalten einen

Ausgleich der starken Beschäftigungsschwankungen

herbeizuführen und die Arbeitslosigkeit auf lange Sicht zu bekämpfen. Die Ergebnisse der Umsatzstatistik des Textileinzelhandels lassen sich kurz dahin zusammenfassen, daß der Wert der Umsätze (wenn man Friedensmarkt und Reichsmarkt bzw. Kennenart einmal gleichsetzt) im Jahre 1924 im ungünstigsten Fall um etwa ein Drittel höher war als im Jahre 1913, im günstigsten Fall aber doppelt so groß wie 1913 war. Am ungünstigsten lagen die Verhältnisse für ganz kleine und die ganz großen Geschäfte, während mittlere Geschäfte (also „kleine Kaufhäuser“), mit einem Personalbestand von 20 bis 80 Angestellten, am günstigsten abgeschnitten haben. Im Jahre 1925 trat dann eine weitere Belebung des Umsatzes um durchschnittlich etwa 12 bis 15 Proz. ein, so daß die Umsätze im ungünstigsten Fall das 1,5- bis 1,6fache, im günstigsten das 2,3fache der Friedenswerte erreichten.

Betrachtet man, daß der Preisstand für Textilwaren, 1913 = 100 gesetzt, im Durchschnitt des Jahres 1924 etwa 153 und im Durchschnitt 1925 etwa 149 betrug (für einfache Waren, Massenartikel, war die Preissteigerung wahrscheinlich noch etwas höher), so ergibt sich, daß der

„Friedenswert“ der Umsätze im Jahre 1924 zum mindesten erreicht.

zum Teil bereits überschritten worden ist, während 1925 die Umsatzerhöhung sich weiter gesteigert hat, so daß hier der Friedensstand — trotz einer Zunahme in der Zahl der Geschäfte — sicherlich ziemlich beträchtlich überschritten worden ist.

In den ersten Monaten des Jahres 1926, die eine wirtschaftlich außerordentlich ungünstige Zeit darstellen und in denen angesichts der Massenarbeitslosigkeit die Kaufkraft gering gewesen sein muß, konnte das verhältnismäßig recht günstige Ergebnis des Jahres 1925 nicht aufrechterhalten werden. Immerhin blieben im Januar 1926 die Umsatzwerte hinter denen des Januar 1925 nur um rund 5 bis 10 Proz. zurück. Der Februar war — mit einem Rückgang gegenüber Februar 1925 mit durchschnittlich 10 Proz. — noch schlechter, während im März erneut eine Zunahme stattfand, so daß die Ergebnisse nur wenig hinter denen vom März 1925 zurückblieben (jedemfalls aber noch viel höher waren, als jene vom März 1924, wo man von einer „Rente mark. Konjunktur“ im Bekleidungs-gewerbe, von einem „Käufersturm“ usw. sprach).

Für die beiden folgenden Monate, April und Mai 1926, liegen nur Teilergebnisse vor, aus denen allerdings gefolgert werden kann, daß eine weitere Verminderung der Umsatzwerte eingetreten ist.

Kum will das aber noch nicht viel besagen, da gleichzeitig ein ziemlich empfindlicher Preisrückgang für Textilwaren eingetreten ist. Wenn also die Umsatzwerte geringer geworden sind, so spricht das noch keineswegs aus, daß die Umsatzenge etwa dieselbe geblieben ist, wenn sich auch vielfach — wie die Geschäfte ja selbst hervorheben — die Entwicklung derart vollzogen haben dürfte, daß der Konsum sich mehr den einfachen oder gar schlechteren Qualitäten zugewandt hat.

Umfang der Preisermäßigung

läßt sich nur schwer ein einigermaßen zutreffendes Bild gewinnen, weil die Preise für denselben Artikel in den einzelnen Geschäften auch zu ein und demselben Zeitpunkt ziemlich stark differieren (je nach Lage des Geschäfts und Bereitwilligkeit der Inhaber zu Preisnachlässen — Sonderverkäufe!) und weil die Preisermäßigungen für die einzelnen Waren, je nachdem, ob es sich um ausgesprochene Saison- und Modeartikel handelt oder nicht, gleichfalls ganz verschieden groß sind.

Immerhin wird man sagen dürfen, daß die Indezahlen des statistischen Reichsamtes den vollen Umfang der Preisrückgänge nicht in Erscheinung treten lassen. Das Amt berechnet zwei verschiedene Indezahlen für Textilwaren, nämlich einmal die Gruppe „Bekleidung“ (im monatlichen Lebenshaltungskostenindex) und dann die Gruppe „Textilwaren“ im Fertigenwarenindex der Großhandelspreise. Erstere enthält die Preise derjenigen Waren, die

für den gesamten Bekleidungsbedarf einer „normalen“ fünf-köpfigen Familie in Betracht kommen, damit also auch die Preise für Schuhe und Schuhreparaturen; letztere lediglich den Bekleidungsbedarf. Die Entwicklung dieser Zahlen in den Jahren 1925 und 1926 veranschaulicht folgende Übersicht:

	Lebenshaltungskosten-Gruppe „Bekleidung“	Fertigenwarenindex-Gruppe „Textilien“
1918	100	100
1925 April	173,5	147,7
Juli	173,7	149,1
Oktober	173,9	151,9
1926 Januar	171,1	148,1
April	167,0	142,1
Juli	162,7	139,1

Es ist also nach diesen Zahlen, vom April 1925 bis zum April 1926, ein Rückgang um noch nicht einmal 4 Proz., und vom Oktober 1925 (Hochstand) bis zum Juli 1926 auch nur ein Rückgang von 6 bis 8½ Proz. eingetreten! Das erscheint schon auf den ersten Blick als zu niedrig, und die Stimmen aus dem Textileinzelhandel selbst bestätigen, daß die Preisrückgänge sehr viel bedeutender gewesen sein müssen. So schreibt z. B. der große Warenhauskonzern Karstadt in seinem im Mai erschienenen Geschäftsbericht, daß die Preisrückgänge (vom Einkaufspreis) für „gangbare Artikel“ in der Zeit vom April 1925 bis April 1926 betragen haben bei:

Rohwolle	30 Proz.
Cheviot	27
Popeline	18
Gabardine	25
Einfache baumwollene Damenkleidung	50
Einfache wollene Damenkleidung	80
Mittelschwere Kostüme	55
Wollige Mäntel	50

In derselben Zeit, wo hier (freilich für ausgesprochene Massenware) ohne daß es sich um Saisoneinflüsse handelte, Preisrücklässe zwischen 18 und 50 Proz. festgestellt werden, die natürlich nicht nur auf die Grobeinkaufspreise beschränkt geblieben, sondern auch, besonders bei Ausverkäufen, billigen Wochen u. dergl., dem Konsum voll zugute gekommen sind, stellt der amtlich errechnete Index nur einen Preisrückgang von 4 Proz. fest, was zweifellos darauf beruht, daß hier lediglich die „regulären“ Verkaufspreise und niemals irgendwelche Sonderverkaufspreise der Berechnung zugrunde gelegt werden. Das ist aber nicht zweckentsprechend, da ein beträchtlicher Teil des Konsumbedarfs faktisch doch zu niedrigeren Preisen eingekauft wird.

Angesichts der Preisrückgänge, die sich im Detailhandel während der folgenden Monate (seit April) noch weiter fortgesetzt haben, zeigt sich erst richtig in Erscheinung getreten sind, ist der Schluss gerechtfertigt, daß

die Umsatzenge während der letzten Zeit ungefähr gleich groß geblieben

ist, wobei freilich vielfach geringwertige Qualitäten umgesetzt wurden. Diese Feststellung, die sich auf Grund der Umsatzstatistik des Textileinzelhandels gewinnen läßt, erscheint uns außerordentlich wichtig zu sein! Bisher hatte man immer angenommen, daß im Detailgeschäft der Umsatz in den Jahren nach der Stabilisierung weit niedriger als in der Vorkriegszeit sei, und daß in den letzten Monaten, etwa seit Jahresanfang, der Absatz — auch der Menge nach — weiterhin empfindlich zurückgegangen sei. Das trifft aber nicht zu, und es wird gerade aus dem Beispiel der Textileinzelhandelsindustrie und des Textileinzelhandels deutlich, daß selbst in Zeiten schlechten Beschäftigungszustandes und verringerter Roh- und Reineinnahmen der Geschäftsumsatz einigermaßen voll aufrecht erhalten bleiben kann, wenn nur die Preise der gesamten Kaufkraft der Bevölkerung angepasst und nicht künstlich hochgehalten werden! Würde durch eine straffe Kartellpolitik in Textileinzelhandels- und -handel eine „Stabilhaltung“ der Preise, so wie in anderen Industrien, erzielt werden, so müßte das eine empfindliche Einschränkung auch der Umsatzenge bedeuten: ein Nachlassen der Beschäftigung, vermehrte Arbeitslosigkeit, verringerte Kaufkraft und weiterhin verschlechterte Wirtschaftslage wären die verhängnisvollen Folgen.

Es ist außerordentlich erfreulich, daß in den Kreisen des Textilgewerbes selbst mehr und mehr das Verständnis für diese Zusammenhänge wächst, daß man die verhängnisvollen Folgen einer Preismonopolisierung durch Kartelle erkennt und lieber eine Preislenkung bei verringerten Gewinnen auf sich zu nehmen gewillt ist, anstatt durch zähes Festhalten an höheren Preisen das ganze Geschäft zu ruinieren und die Volkswirtschaft weiter zu schädigen. Die Konsequenz aus dieser Einstellung ist, daß man vernünftigerweise eine Herabsetzung der Löhne und Gehälter als das denkbar schärfste Mittel zur „Ankurbelung“ der Wirtschaft bezeichnet. In einem Artikel aus Frankreich, den wir kürzlich würdigten, wurde ausgerechnet, daß ein 10prozentiger Lohn- und Gehaltsabbau einen Ausfall an Kaufkraft in Höhe von etwa 3,5 Milliarden pro Jahr bedeuten würde (ohne daß er durch Preisermäßigungen oder eine entsprechende Einnahmestärkung der Unternehmer ausgeglichen werden könnte). Dieser Ausfall an Kaufkraft entspricht etwa der Kaufkraftverminderung, die eintreten würde, wenn weitere 3½ Millionen Menschen arbeitslos werden, da die Verringerung des Einkommens, falls ein Arbeiter oder Angestellter seinen Lohn verliert und nur noch auf Unterstützung angewiesen ist, auf etwa 1000 M. (im großen Durchschnitt) zu veranschlagen ist.

Man sieht also, daß jedes genauere Eindringen in wirtschaftliche Sachverhalte, wie es in diesem Falle durch die Statistik der Textileinzelhandelsindustrie ermöglicht worden ist, zwangsläufig darauf hinausläuft, die Nichtigkeit der von uns stets vertretenen Wirtschaftspolitik zu bestätigen. Nicht durch die Anhäufung von „produktiven“ Sachwerten, nicht durch die Häufung flüssiger Kapitalien an den Kreditmärkten und im Börsengeschäft wird die Gesundung der Wirtschaft herbeigeführt, sondern durch die Wiederherstellung des rechten Verhältnisses zwischen Produktionskapazität und Aufnahmefähigkeit des Konsums. Dazu aber bedarf es höherer Reallöhne — also entweder steigender Lohnsummen oder niedrigerer Preise bei gleichbleibendem Lohnstand!

August zwei neue Gesellschaften, die die Herstellung, Reiterei und Vertrieb von Champagner sich zum Ziele gesetzt haben, gegründet worden, und zwar die eine mit einem Kapital von über 6 Millionen Franken. Der Sektorverbrauch in Frankreich scheint durch die Inflation sich gesteigert zu haben, daß es in dem Mutterlande des Champagners noch Raum für Neugründungen auf diesem Gebiete gibt.

Internationale Konvention über elektrische Maße.

Die Reichsregierung veröffentlichte soeben das bereits genehmigte Gesetz über die Einbeziehung der elektrischen Maße in die internationale Meterkonvention und die sonstigen Änderungen des Pariser Abkommens von 1875. Der Entwurf enthält einige Änderungen und Ergänzungen zwischen einer Reihe von Staaten. Die Änderungen beziehen sich im wesentlichen auf folgende Punkte: 1. Erweiterungen der Befugnisse des Internationalen Büreaus für Gewichte und Maße. Es soll die Möglichkeit gegeben werden, die Befugnisse auf die Behandlung der elektrischen Einheiten auszudehnen. Das Bureau erhält den Auftrag, Normale der elektrischen Einheiten herzustellen, aufzubewahren und sie mit denen der anderen Staaten und mit anderen

genauen Normalen zu vergleichen. Die Einheiten sollen dafür dienen, in dem für Handel und Industrie besonders wichtigen Gebiete der elektrischen Einheiten die internationale Übereinstimmung herzustellen und zu sichern.

Der feste jährliche Beitrag der Staaten für Unterhaltung des Internationalen Büreaus wird von 100 000 Goldfranken auf 250 000 bzw. 300 000 Papierfranken erhöht werden. Die Zahl der Mitglieder des Internationalen Komitees werden von 14 auf 18 erhöht. Die übrigen Änderungen sind geringfügiger Natur. Das Abkommen ist bisher von 14 Signatarmächten ratifiziert worden.

Großhandelsindex.

Die auf den Stichtag des 4. August berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem 28. Juli um 0,4 Proz. auf 126,3 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen hat die Indexziffer der Agrarerzeugnisse um 0,5 Proz. auf 127,8, die Indexziffer der Industriestoffe um 0,2 Proz. auf 123,4 nachgegeben.

Im Durchschnitt Juli lagen die Agrarerzeugnisse — infolge der zu Anfang des Monats gestiegenen Getreidepreise — mit 129,2 um 3,4 und die Industriestoffe mit 124,0 um 0,2 Proz. höher als im Juni. Die Gesamtindexziffer stellte sich im Durchschnitt Juli auf 127,4.

Die Lage der deutschen Maschinenindustrie im Juli 1926. Nach dem Bericht der deutschen Maschinenbauanstalten war im Vergleich mit dem Vormonat im Juli leider keine weitere Geschäftsbelebung, sondern wieder eine Abmilderung festzustellen. Diese hielt sich zwar in den Grenzen der seit einer Reihe von Monaten beobachteten Schwankungen und läßt sich außerdem mit der im Hochsommer regelmäßig eintretenden Geschäftslage erklären. Jedenfalls kann aber von einer Leberwindung der Depression nicht gesprochen werden, und die Aussichten für die Zukunft werden im ganzen sorgenvoll beurteilt. Allerdings ließ die Anfragesituation der Inlands- und Auslandsindustrie nur wenig nach, in einzelnen Arbeitsgebieten war sie sogar stärker als im Vormonat. Im Auftragseingang dagegen trat die Zurückhaltung der Bestellerkreise im Berichtsmonat wieder deutlicher in die Erscheinung als im vorhergehenden Monat. Vor allem zeigte auch das Auslandsgeschäft eine recht fühlbare Verschlechterung. Der Beschäftigungsgrad, der im Juni auf rund 60 Proz. der Normalbeschäftigung berechnet wurde, stellte sich im Juli auf etwa 57 Proz. Die Hoffnungen, in absehbarer Zeit wieder zu Neueinstellungen schreiten zu können, haben sich sehr erheblich vermindert.

Zehnerverträge der Alpen Montanengesellschaft.

Ist das größte österreichische Montanunternehmen, die Alpine Montanengesellschaft, in Verbindung mit dem reichsdeutschen Stahltrust, den Vereinigten Stahlwerken u. G. getreten. Durch diese Verbindung ist die wichtigste Kohlenbasis des Unternehmens nach Deutschland verschoben worden. Nun befaßt die Alpine Montanengesellschaft bisher in der Tschechoslowakei Kohlenzwecken, die jetzt in das Produktionsprogramm der Gesellschaft nicht mehr hineinpassen. Sie hat sie an den tschechoslowakischen Staat verkauft. Die Kohlenanlagen bestehen aus einer im Betrieb befindlichen Schachtanlage in Poremba, einer noch nicht in Betrieb genommenen Anlage in Herzmanitz, aus einer Koksanlage und einer Benzolfabrik in Poremba. Die Arbeiterbelegschaft, die 1922 eine Stärke von 1100 Mann hatte, beträgt zurzeit etwas über 700 Mann. Die Kohlenförderung stellte sich in den letzten Jahren durchschnittlich auf 1 bis 1,2 Millionen Meterzentner, die Kokserzeugung auf 250 000—280 000 Meterzentner pro Jahr.

Die Errichtung der oberösterreichischen Landwirtschaftskammer. Nachdem vor einiger Zeit die Differenzen hinsichtlich der Errichtung einer besonderen Landwirtschaftskammer für Oberösterreich beendet worden sind, gibt das preußische Staatsministerium soeben eine Verordnung heraus, die die Errichtung der Kammer regelt. Nach den Satzungen der oberösterreichischen Landwirtschaftskammer, die ihren Sitz in Döpsel haben wird, hat diese die Gesamtinteressen der Land- und Forstwirtschaft ihres Bezirkes wahrzunehmen und alle dahinzielenden Einrichtungen zu fördern. Die Zahl der zu wählenden Mitglieder beträgt 30, Wahlbezirke sind die Landkreise. Der Vorstand besteht aus sieben Mitgliedern und vertritt die Landwirtschaftskammer nach außen.

Besserer Absatz von Fleischwaren. Vom Reichsverband der deutschen Fleischwarenindustrie wird uns geschrieben: Die Berichte über die Absatzverhältnisse für Fleischwaren im Juli aus den verschiedenen Bezirken lauten nicht einheitlich. Der Verkauf und damit der Verbrauch in den Badeorten und Sommerfrischen ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben. In einzelnen Bezirken hat die vorübergehende Besserung des Wetters einen flotten Absatz wenigstens der laufenden Produktion gebracht. Dösemwürstchen waren gefragt. Kochwürstchen lagen wie stets in der heißen Jahreszeit daneben. Aber auch die harte Dauerwürstchen fand nur langsam und nicht zufriedenstellenden Absatz. Aus den Industriegebieten wird in Verbindung mit einer leichten Belebung der Wirtschaftslage und der damit verbundenen Besserung der Kaufkraft der beiden Massen eine Steigerung des Absatzes an Konsumware gemeldet. Die Rohmaterialversorgung vollzog sich glatt. Der Auftrieb auf den Märkten war jedoch so niedrig, daß selbst ein geringer Bedarf nicht immer gedeckt werden konnte und ein Teil aus den Viehprovinzen beschafft werden mußte. Infolgedessen sind die Schweinepreise gegen Ende des Berichtsmontats gestiegen, ebenso teilweise auch die Rinderpreise. Dies ist um so bemerkenswerter, als in den Vorkriegsjahren die Schweinepreise im Sommer fast regelmäßig um etwa 20 Proz. stiegen, während sie in diesem Sommer höher als der Durchschnitt der Wintermonate sind.

Die deutsche Genossenschaftsbewegung im Juli. Wie im Monat Juni wies innerhalb der deutschen Genossenschaftsbewegung die Bestandsbewegung der gewerblichen Genossenschaften im Juli eine Zunahme auf, während auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Genossenschaften ein Umkehrpunkt eintrat. Infolge der Zeit eingetreten ist, der auf die Gesamtbewegung drückt. Insgesamt beträgt die Zahl der neugegründeten Genossenschaften im Juli 148 und die Zahl der Aufstellungen 167 Genossenschaften. Der starke Rückgang der Nichtigkeitserklärungen, die im abgelaufenen Monat nur mit 16 vertreten sind, ist erfreulich, dagegen haben sich die Konkurse mit 21 um etwas gegenüber dem Schlussmonat des ersten Halbjahres 1926 vermehrt. Bei den Kreditgenossenschaften waren 33 Neugründungen und 36 Liquidationen vorhanden. Die Mehrzahl der Neugründungen entfällt auf gewerbliche Kreditgenossenschaften und verteilt sich auf alle Gebiete des Reichs. Auch bei den Handwerker-genossenschaften zeigte sich im letzten Monat mehr Leben. Es gab neun genossenschaftliche Neugründungen, die auch in Gruppen, bei denen man sonst mit Aufstellungen gerechnet hatte, bei Genossenschaften der Schuhmacher, Fleischer und Bäcker, aufstauten. Besonders haben die Aufstellungen bei den Handwerker-genossenschaften erheblich nachgelassen. Insgesamt sind zwölf Aufstellungen festzustellen. Bei den Genossenschaften der Händler wurden insgesamt elf Genossenschaften errichtet und elf Genossenschaften aufgelöst. Die Zunahme liegt im wesentlichen bei den Kolonialwarenhandlern. Die Konsumvereine hatten im Berichtsmonat eine Neugründung, der 15 Aufstellungen gegenüberstanden. Das ist eine Folge des Zusammenfassungsprozesses, der gerade bei den Verbraucher-genossenschaften in letzter Zeit im Gange ist. Die Bau-genossenschaften hatten 36 Neugründungen und 19 Aufstellungen zu verzeichnen. In größerem Umfang ist das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen mit Neugründungen (52) und Aufstellungen (65) vertreten.

Sowjetrussische Automobilkäufe in Deutschland. Die Sowjetregierung will in großem Umfang, falls die Kreditbedingungen zugehen, Automobile in Deutschland vornehmen. Bisher ist dem Außenhandelskommissar gestattet worden, 20 Automobile bei der Braunschweiger Firma Büssing zu kaufen.

Inflationsercheinungen in Frankreich.

In der französischen Wirtschaft mehren sich unter dem Einfluß der entwerteten Währung die Inflationsercheinungen. Die Gesellschaften versuchen bezüglich ihres Kapitals der Entwertung des Frankens zu folgen und der Prozeß der Kapitalverwässerung infolge von Kapitalerhöhungen macht immer weitere Fortschritte. Täglich sind Kapitalerhöhungen in oft recht nennenswertem Umfang an der Tagesordnung; nach oberflächlichen Schätzungen werden für durchschnittlich 50 bis 60 Millionen Franken neue Aktien ausgegeben. Andererseits sind Neugründungen und Umwandlungen in Aktiengesellschaften an der Tagesordnung.

Nach den Erfahrungen, die man in Deutschland mit der Inflation gemacht hat, nimmt es für uns nicht wunder, daß durch die Scheinblüte infolge des Währungsverfalls auch besonders Luxusartikel im Vordergrund des Interesses stehen. Reichen Leuten gelingt es, in Inflationszeiten besonders leicht zu Geld zu kommen und bekanntlich wird leichtverdienendes Geld ebenso leicht ausgegeben. Ein Zeichen, daß in gewissen Kreisen die Konsumkraft für Luxusartikel gestiegen ist, sind auch Neugründungen auf dem Gebiete der Champagner-Herstellung. So sind an einem Tage Anfang

Der Tod Ferrers.

Von Jules Romains.

„Die schönste Demonstration,“ sagte der erste Hafnarbeiter, „die ich je gesehen habe, fand vor der spanischen Botschaft statt, — nach dem Tode Ferrers. Jetzt bin ich ja für Demonstrationen nicht mehr so eingenommen. Es fällt mir leichter, zu Hause zu bleiben. Ich habe auch nichts dafür übrig, einen Hieb abzubekommen, noch auch will ich auf dem Pflaster übernachten. Ich bin zu alt: wenn ich jetzt Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen soll, muß es der Mühe wert sein. Aber der Tod Ferrers, das hat mich gepackt. Wertwürdig, was? Ferrer, der Spanier, um den sollte man sich doch eigentlich nicht kümmern. Sind ja nicht unsere Zwiebeln. Also? Ich hab meinen Zorn nach einer Woche noch nicht verwunden gehabt. Man schlußt ja nicht alles. Zwar ereignen sich ja jeden Tag Dinge, die einen anwidern. Aber man gewöhnt sich daran. Wollte man alles gleich tragisch nehmen, man müßte ja in Blut erstickn. Ja, ich komme auf die Sache zurück. Hätten sie ihn nur eingesperrt, hätten sie ihn nur deportiert, vielleicht hätte das bei uns niemand auch nur bemerkt. Aber einen Menschen erschließen, weil er sich seine eigenen Gedanken macht! Im 20. Jahrhundert! Einen gleich umzubringen — zum Henker damit!“

„Die spanische Botschaft, die ist wohl am Boulevard de Courcelles?“

„Ja, ich glaube. Ich bin da mitmarschiert, mit den anderen. Zuerst gingen wir unter dem Bladukt der Stadtbahn. Picot wollte eine Runde zahlen, aber kein Mensch dachte daran. Alle diese Kerle von der Place Pigalle und von der Roulin-Rouge-Seite, sie liefen sich nicht hindern, da mitzutun. Daß man einen Menschen erschleift, vollkommen ohne Ursache, — du glaubst, daß sie sich den Teufel darum scheren? Zwar, Schmutzfinken gibt's genug auf der Erde. Die sind schlimmer als alles. Da ist mir ein Waffe lieber. Wenn man sich da durch einen guten Griff auf die Beine helfen könnte, finge ich gleich bei ihnen an. Was, Kapitän, glaubst du nicht, daß ich sie mit Haut und Haaren freße?“

„War wohl am Abend?“

„Ja, es war so dunkel, daß ich glaube, die Gasflammen haben nie so matten Glanz gehabt. Wertwürdigste Sache das! Besonders als wir auf die Avenue de Villiers kamen, dort unten. Es war finster von Leuten, das Licht war einfach aufgefressen, hätte man sagen können.“

„So viele waren's?“

„Wir versuchten durchzukommen, aber es war unmöglich, weil die Polizei die Wege sperrte. Picot hatte uns falsch geführt. Was sollte das dem Gefandten schon machen, diese leeren Straßen rings um sein Haus — nicht einmal ein Wagen! — und dahinter, ringsherum, Kilometer von wütendem Volk. „Huhul! Mörder! Mörder! Nach Ferrer! Es lebe Ferrer!“ Wemohli wir ihn ja nicht auferschließen lassen konnten. Aber man wollte es den Spaniern zeigen, daß man einen Menschen nicht zwischen zwei Fingern zerdrückt wie eine Lauge. Die Polizei drückte uns von Gasse zu Gasse. Schließlich mar ich in einer Art Sadgasse gelandet. Ich fiel gegen den eisernen Metallballen eines Bodens. Und ich schrie. In ganz Europa gab es zu dieser Stunde Leute, die schrien und sich wie toll gebärden, weil man Ferrer getötet hatte. Man stieß mit aller Kraft vorwärts, um die Kordeys zu durchbrechen. Die Polizisten hätten blank ziehen können, sie hätten schließen können, man wäre nicht zurückgewichen. Sie verhinderten uns vorwärtszukommen, aber unsere Schreie pössierten trotzdem. Der Gefandte war vielleicht gerade dabei, in seinem Salon mit Freunden und Bekannten sich zu unterhalten. „Huhul! Mörder!“ Ich glaube, daß ihm die Kaffeeschale aus der Hand fiel.“

„Ach,“ sagte Benin, „ich war an Ferrers Todestag nicht in Paris. Ich war in Brest. Ich hatte früh Mittag gegessen. In irgendeiner Anleihe neben dem Theater. Und ich ging dann spazieren. Es gab damals in Brest ein Geschäft, eine Wechselstube, glaube ich, an einer Straßenecke, wo auf einer kleinen Tafel am Abend immer die neuesten Telegramme ausgehängt wurden.“

Gegen halb sieben kam ich, wie gewöhnlich, in diese Gegend. Ein paar belanglose Nachrichten prangten auf der kleinen Tafel. Man konnte ja auf weitere Nachrichten warten, aber es war nicht der Mühe wert. Wenn die Tafel vollgeschrieben war, gab es einfach keine neuen Mitteilungen mehr. Manchmal dachte ich mir: Wertwürdig, daß die Anzahl der bemerkenswerten täglichen Weltereignisse gerade dem Raum dieser kleinen Tafel entspricht!

Aber in Brest hat man ebensowenig wie in vielen anderen Städten die Auswahl zwischen fünfzig Spazierwegen, und wenn man da eine Wagenspur entdeckt, kann man froh sein, ihr nachgehen zu dürfen. Man erpart sich da eine überflüssige Anstrengung der Phantasie. Ich machte also nach dem Nachtmahl denselben Weg wie vorher.“

Ich komme da also an diese Straßenecke. Ein halbes Duzend Leute steht vor der Wechselstube, und wie Ameisenhaufen laufen über die Tafel die alten Nachrichten.

Zwei oder drei Minuten bleibe ich stehen, nur, weil ich keine Lust hatte, weiterzugehen. Es wurde dunkel, die Luft war feucht, an der Kreuzung die arme Gaslaterne sah aus wie ein Bettler.

Wählich — geht durch die Menschen ein Ruck; ein junger Mann kommt aus der Wechselstube, seinen Zettel in der einen, den Nagel dazu in der anderen Hand. Er stellt sich vor die Tafel und inspiziert sie, als ob er eine letzte freie Ecke suchte. Dann geht er in den Boden zurück und kommt mit einem Schwamm zurück. Die Leute drängen sich schon heran; plötzlich spürt man, wie die Erwartung groß wird.

Der junge Mann liest alle Nachrichten von oben bis unten aus und tief wie ein Tunnel. Und dann hebt er ein Stück Kreide, schreibt und tief wie ein Tunnel. Und dann hebt er ein Stück Kreide, schreibt schnell Großbuchstaben, man liest:

FERRER ZUM TODE VERURTEILT UND ERSCHOSSEN.

Kein Hauch, niemand hat sich gerührt. Die Feuchtigkeit der Luft ist zu einem feinen Regen geworden, aber den Schirm spannt niemand auf. Die Leute bleiben still, sie rühren sich nicht, ihr Blick weicht nicht von der Tafel.

Der junge Mann war hineingegangen und die Wechselstube gab kein Lebenszeichen mehr. Man würde gewiß nichts mehr plakazieren. Aber wir erwarteten ja auch nichts anderes. Es waren da sechs Worte aufgeschrieben worden — auf zwei Zeilen.

FERRER ZUM TODE VERURTEILT UND

auf der ersten Zeile,

ERSCHOSSEN.

allein, auf der zweiten.

Die Rote Fremdenlegion.



Der Andrang ist kolossal! Sonderzüge müssen eingestellt werden, um allein die im Roten Frontkämpfer-Bund organisierten Epichel zu befördern!

Das genügte uns. Wir nahmen diese sechs Worte zu uns auf. Sie drangen in unser Inneres ein, sie kamen dort langsam zur Wirkung wie eine Arznei.

Die Leute wechselten nicht; ich fühlte mich nicht mehr vordrängungsgestoßen; ich hatte immer die gleichen Nachbarn. Einen Augenblick griff ich an meinen Hut; die Krempe war vom Regen durchnäßt.

Am übernächsten Tag ging ich am Abend durch die Rue de Siam. Ich bemerkte vor einem Laden eine kleine Ansammlung, zehn Menschen etwa. Einem Händler mit spanischen Südfrüchten gehörte der Laden. Der Händler und ein Matrose hatten miteinander zu streiten begonnen. Ich glaubte zu verstehen, daß es sich um eine englische Münze handelte, die der Händler zurückwies, und zu deren Annahme der Matrose ihn zwingen wollte. Der eine und der andere radebreiteten französisch, jeder auf seine Art, man verstand nicht allzumiel, und ich glaube, daß auch die beiden einander nur halb verstanden.

Wählich vergrößert sich die Ansammlung, verdoppelt, verdreifacht sich im Augenblick. Die Straße war voll. Die Tramway gibt ununterbrochen Signal, man kümmert sich nicht darum.

Und plötzlich beginnt diese Menge zu murren, ganz verschwommen zuerst. Aber nach und nach wird der Lärm stärker und deutlicher: „Ferrer! Ferrer!“ die ganze Masse schreit: „Ferrer!“ Auch ich schreie. Wir waren alle erfüllt von einem traurigen Zorn, ebenso viel Zorn als Trauer. Wir hätten den Toten rächen mögen, aber wir riefen ihn an zu gleicher Zeit. Die Menge rief: „Ferrer! Ferrer!“

Und dann mußte man sich irgendwie trösten. Ein Stoß trieb uns gegen die Barde des Bodens. Schon krochen die Köpfe, wichen die Bretter dem Ansturm. Der Spanier auf der Schwelle — ein gedrungenener, fleischiger Mensch mit funkelnden Augen in einem olivenfarbenen Gesicht — betrachtete uns verdutzt und erschreckt. Er begriff nichts von dem, was um ihn vorging. Mit dünner, kessender Stimme, die er mit lebhaftesten Gesten unterstrich, schrie er:

„Aber doch genommenen Münze fremde! Genommen! Da ist!“

Die Menge hörte nicht auf: „Ferrer! Ferrer!“ und trieb vorwärts. Und da begriff der Händler, ein Licht ging über sein Gesicht und durch Gebärden bat er, daß man ihn anhöre. „Auf!“ brüllte es in der Menge. Die Menschen beruhigten sich. Der Spanier hebt die rechte Hand und mit starker Stimme:

„Es lebe Francisco Ferrer, der geworden wurde!“

Lebhafter Beifall antwortet ihm. Dann wendet er sich nach dem Boden um und gibt ein Zeichen. Zwei Jungens kommen gelaufen, braun wie Araber. Er stellt einen rechts, einen links neben sich, hebt ihre Hüften in die Luft und sagt zu ihnen:

„Acht! Wir werden Francisco Ferrer rächen!“

Und die Kinder heben die rechte Hand und schreien:

„Wir werden Francisco Ferrer rächen!“

Mann hatte einen Augenblick vorher vordrängungsgegrängt, aber man dränge jetzt nach mehr. Jedermann wollte dem Spanier die Hand drücken, man küßte die kleinen Buben, man kaufte den ganzen Laden leer.

Das war der Tod Ferrers in Brest.“

(Aus „Le vin blanc de la Vilette“, übersetzt von Josef Romar.)

Ein neuer Weg der Bluttransfusion.

Von Otto Deigner.

Roter, pulsierender Lebenssaft tritt über aus strotzender Vene in die schlaffe Ader des bleichen Kranken, der mit dem Tode ringt — und er wird gerettet. Bluttransfusion! Die heute vielfach geübte Methode der Chirurgie, das erlöschende Leben wieder aufkommen zu lassen. Eine Methode, die uns das Leid des letzten Krieges erlitten befreite. Damals gelangen die ersten Transfusionen, damals wurde die Technik der Blutübertragung derart vervollkommen, daß sie heute, das Leben des Patienten keineswegs gefährdend, durchgeführt werden kann. Die Schwierigkeiten der Uebertragung lagen in der eventuellen Unverträglichkeit des Spenderblutes und des Empfängerblutes. Vier Blutgruppen werden beim Menschen unterschieden, von denen sich wohl eine bestimmte Gruppe mit einer oder mehreren, meist aber nicht mit allen Gruppen verträglich. Werden zwei „feindliche“ Blutgruppen zusammengebracht, so ist das Resultat — Zerfall der Blutkörperchen, der Mifßerfolg, der den rettungsbedürftigen Organismus schädigt. Deshalb wird bei der Transfusion auf Verträglichkeit der Blutgruppe des Spenders und Empfängers genau geachtet.

Wie uns die Geschichte der Medizin zeigt, ist der Gedanke an die Bluttransfusion sehr alt, knüpfen sich auch allerhand phantastische Märchen daran. Nicht nur Transfusion von Mensch zu Mensch verachtete man jahrhundertlang, nein, auch die Uebertragung von Tierblut auf den Menschen wurde unternommen, meist jedoch mit negativen Erfolgen. Die moderne Chirurgie lehnte diese Methode ab, erklärte die Mifßerfolge der Transfusion von Tier auf Mensch aus der Differenz der Blutbeschaffenheit.

Da werden nun neue, umwälzende Arbeiten bekannt, die der Proger Professor Hurewitsch und seine Mitarbeiterin ausgeführt haben. Das alte Experiment Jean Denis', Professors der Anatomie und Philosophie in Paris, taucht auf, der 1607 Blut aus der Schlagader des Lammes auf einen Menschen transfundierte. Ueber das Gelingen dieses Experimentes wissen wir nicht viel. Professor Hurewitsch behauptet nun, dort, wo Menschenblut das Leben eines Patienten retten könnte, vermag dies mit gleichem Erfolge Tierblut, das Blut eines Schafes oder Kindes, zu bewirken. Das Geheimnis des Gelingens liegt in der Art der Behandlung, wie

Professor Hurewitsch und seine Kollegin das Tierblut transfusionsfähig machten. Sie sonderten die roten Blutkörperchen vom Blutserum durch Zentrifugation. Dazu, höre ich fragen? Nur Geduld! Dem Hurewitsch fand, daß die schädigende Wirkung früherer Tierblutübertragungen im Blutserum gelegen war. Daher reinigte er das Blut von gefährlichem Serum, er erhielt das sogenannte „gewaschene Blut“. Transfundierte er nun solches Blut eines Tieres auf ein Tier anderer Art, so war die Folge — kein Blutzerfall beim Empfänger, wie man erwartet hätte, im Gegenteil, die Ergebnisse waren vollkommen zufriedenstellend.

Kaninchen hatten derart viel Blut verloren, daß ihre Erhaltung in Frage stand. Schafblut, nach Prof. Hurewitschs Methode „gewaschen“, rettete ihnen das Leben. Ein Kontrollversuch zeigte die geföhrliche Wirkung des nicht entgifteten Blutes. Man injizierte 10 cm³ ungewaschenes Schafblut in einem Kaninchen; innerhalb 5 bis 6 Minuten starb es.

Die Versuche wurden bisher nur an Tieren durchgeführt. Professor Hurewitsch nimmt aber an, daß dort, wo Menschenblut benötigt wird und nur das Blut einer „feindlichen“ Gruppe zur Verfügung steht, eben dieses Blut „gewaschen“ werden kann und dann ohne Gefahr für den Patienten transfundiert zu werden vermag.

Ja, Hurewitsch geht noch weiter. Die augenblickliche Bereitwilligkeit des Spenders ist nicht mehr nötig. Das durch des Entdeckers Methode gereinigte Blut kann in Kochsalzlösung vorrätig gehalten werden, um im Falle des Bedarfs übertragen zu werden.

Diese Experimente würden die komplizierte Methode der Transfusion bedeutend vereinfachen. Es ist zu hoffen, daß die wissenschaftliche Nachprüfung, der ja jede neue Entdeckung standhalten muß, die Arbeiten bestätigt.

Selterswasser oder Brunnenwasser?

An heißen Ferientagen ist der Verbrauch von Selterswasser und ähnlichen kohlenstoffhaltigen Getränken außerordentlich groß, was auf die Beliebtheit dieser Erfrischungen hinweist. Ist nun die Beliebtheit des kohlenstoffhaltigen Wassers berechtigt? Bei hochgradigem Durst kann man leicht feststellen, daß durch Selterswasser usw. das Durstgefühl außerordentlich rasch verschwindet; es tritt also die gewünschte schnelle Durstlöschung ein. Andererseits ist ein durstiger Mensch, dem man Selterswasser vorsetzt, ziemlich „unerfättlich“, d. h. er hat immer wieder das Bedürfnis, das sich dauernd von neuem einstellende Durstgefühl zu bekämpfen. Diese Beobachtung, die ein jeder leicht an sich selbst an einem Wandertage machen kann, zeigt recht deutlich, daß kohlenstoffhaltiges Wasser den Durst zwar sehr rasch löst, aber das Durstgefühl nicht auf die Dauer beseitigt!

Andererseits verhält sich natürliches Brunnen- oder Quellwasser. Die Durstlöschung erfolgt hier nicht so schnell wie etwa beim Selterswasser; man nimmt daher auch bei der ersten Gelegenheit meist mehr reines Wasser auf. Aber dieses natürliche Wasser hält bedeutend länger vor, es löst den Durst wirklich für lange Zeit. Woraus beruhen nun diese auffallenden, für das praktische Leben nicht unwichtigen Unterschiede?

Zunächst muß die allgemein verbreitete Ansicht, daß das Wasser den Körper rasch wieder versättigt, richtiggestellt werden. Es hängt nämlich ganz von der Zusammensetzung ab, wann das Wasser aus dem Körper austritt. Destilliertes Wasser ist nach vier Stunden bereits fast vollständig wieder aus dem Körper entnommen, während von einer ganz schwachen Salzlösung, einer sogenannten physiologischen Kochsalzlösung, die 0,7 Proz. Kochsalz enthält, nach derselben Zeit fast noch nichts im Harn erschienen ist! Die Aufnahmehäufigkeit im Körper hängt also von seinem Salzgehalt ab. Da im natürlichen Brunnenwasser immerhin erhebliche Mengen von Mineralstoffen gelöst sind, erklärt sich die anhaltende Durstlöschung ohne weiteres. Andererseits wird solches Wasser rascher vom Körper aufgenommen, am schnellsten destilliertes Wasser; es kann aber von dem Wasser speichern des Organismus nicht zurückgehalten werden und geht außerordentlich schnell wieder ab. Diese Erscheinung ist z. B. Bergsteigern wohl bekannt: Schneeschmelz- oder Gletscherwasser löst den Durst sehr schnell, aber nur für eine ganz kurze Zeit!

Technisch ist es mit dem Selterswasser, das oft aus destilliertem Wasser hergestellt wird, also schon deshalb schnell vom Körper resorbiert wird; dann aber ist es die Kohlensäure selber, die eine sehr schnelle Aufnahme des Wassers durch den Körper herbeiführt. Nun aber hat die Kohlensäure — leider, möchte man sagen — noch die Eigenschaft, das Wasser wieder gewaltsam aus dem Körper herauszudrängen. So erscheinen trotz des hohen Mineralgehaltes vom Hüller Sauerbrunnen nach vier Stunden bereits 60 Proz. wieder im Harn, entfernt man dagegen die Kohlensäure aus dem Sauerbrunnen, dann kommen in der gleichen Zeit nur 10 Proz. zur Abscheidung.

Diese Feststellungen zeigen also mit großer Deutlichkeit, daß man an heißen Tagen die Kohlensäure am besten meidet, da sie nach anfänglicher Erfrischung das Durstgefühl nicht bannet. Natürliches, mineralstoffhaltiges Wasser ist auf alle Fälle das beste Getränk!

Tiere, die man durch Lärm tötet. Nach einer Mitteilung in der Pharmazeutischen Presse haben die amerikanischen Professoren Wood und Loomis von der Hopkins-Universität mit einer neuen Tötungsmethode Versuche angestellt, die sie als „Todeslärm“ bezeichnen. Mit diesem Todeslärm, den menschliche Ohren allerdings nicht wahrnehmen können, kann man kleine Fische wie auch andere im Wasser lebende Kleintiere innerhalb des Wassers sehr rasch töten, indem man mit Hilfe eines elektrischen Apparates Schallwellen von 100 000 bis 40 000 Schwingungen in der Sekunde erzeugt und diese Schallwellen gegen die Wasseroberfläche richtet. Auf diese Weise wird die Membranwelt in weniger als einer Minute vollständig vernichtet. Gleichzeitig wird durch die Einwirkung der Schallwellen auf die Wasseroberfläche die Wassertemperatur bis zu fünf Grad erhöht. Daß der Mensch diese Töne nicht wahrnehmen kann, liegt daran, daß die oberste Grenze der menschlichen Hörfähigkeit zwischen 20 000 bis 30 000 Schwingungen liegt.

